Abgeordnetenhaus BERLIN

18. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Integration, Arbeit und Soziales

Unter Zuladung des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Verbraucherschutz, Antidiskriminierung

16. Sitzung
18. Januar 2018

Beginn: 10.02 Uhr
Schluss: 12.29 Uhr
Vorsitz: Hakan Taş (LINKE)

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs — 0029
Leitlinien der Behindertenpolitik — IntArbSoz
(auf Antrag der Fraktion der FDP)

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 29.06.2017

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzender Hakan Taş: Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

a) Antrag der Fraktion der CDU — 0027
Drucksache 18/0272 — IntArbSoz
Berlin braucht einen Antisemitismusbeauftragten! — Haupt
Recht(f)

b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs 0060
Berliner Arbeitskreis gegen Antisemitismus IntArbSoz
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

Hierzu: Anhörung

Wir haben uns beim letzten Mal darauf verständigt, dass die beiden Punkte gemeinsam behandelt werden. Zu TOP 3 a nimmt Herr Lorenz Korgel an der Sitzung teil, zu Punkt 3 b Frau Staatssekretärin Sawsan Chebli von der Senatskanzlei. Sie werden nachher, wenn Fragen an Sie gestellt werden, diese Fragen sicher auch beantworten. Herzlich willkommen! – Als Anzuhörende begrüße ich in alphabetischer Reihenfolge Frau Marina Chernivsky, Leiterin des Kompetenzzentrums Prävention und Empowerment bei der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland sowie Mitglied des Expertenkreises Antisemitismus des Deutschen Bundestages, Herrn Dervis Hizarci, Vorstand der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus e. V. und Herrn Sigmount Königsberg, Antisemitismusbeauftragter der Jüdischen Gemeinde zu Berlin. Herr Königsberg hat dem Ausschuss einen Bericht zur Verfügung gestellt, der auch als Tischvorlage vorliegt, herzlichen Dank dafür. Weitere Anzuhörende ist Frau Mirjam Rosenstein. Ihnen ein herzliches Willkommen! Ich sehe gerade auch Eren Ünsal. Herzlich willkommen, Frau Ünsal!

Ich gehe davon aus, dass die Anfertigung eines Wortprotokolls gewünscht wird. – Ja. Angesichts der Einladung der Mitglieder des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Verbraucherschutz, Antidiskriminierung gehe ich davon aus, dass wir diesen selbstverständlich das Rederecht erteilen. – Widerspruch höre ich nicht, dann verfahren wir so. Ein Hinweis zum Vorgehen: Ich möchte vorschlagen, dass wir die Punkte a und b in der Aussprache verbinden, aber darum bitten, gegebenenfalls deutlich zu machen – das sage ich auch in Richtung Anzuhörende –, auf welchen Unterpunkt sich eine konkrete Bemerkung bezieht. Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden? – Widerspruch höre ich nicht, dann verfahren wir so. – Möchte die Fraktion der CDU die Punkte 3 a und b gemeinsam begründen? – Frau Seibeld, bitte!

Cornelia Seibeld (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Wie aktuell das Thema ist, fällt uns nicht nur auf, wenn man die Nachrichten und von den leider Gottes viel zu häufigen antisemitischen Vorfälle in Berlin hört, sondern daran, dass auch der Bundestag ganz intensiv über das Thema diskutiert. Ich habe heute Morgen im „Info-Radio“ gehört, dass auch Frau Kipping sich für die Einführung eines Antisemitismusbeauftragten einsetzt. Das finde ich sehr erfreulich. Da sieht man, dass es manchmal fraktionsübergreifend gleiche Schwerpunkte und Themen gibt. Ich glaube, das Thema ist ein wichtiges, das übrigens durchaus vergleichbar mit der Behindertenpolitik ein Querschnittsthema ist, das weder nur in das Ressort Justiz noch nur in diesem Ausschuss, sondern mindestens genauso in den Bildungsausschuss und in den Innenausschuss gehört. In all diesen Bereichen müsste es tatsächlich regelmäßig diskutiert werden. Ich glaube, dass es in Berlin einer neuen Struktur bedarf, um dieses Problem auch mit Blick auf die Schulen und die Herausforderungen, denen die Lehrer in den Schulen gegenüberstehen, angehen zu können. Ansonsten möchte ich der Anhörung gar nicht weiter vorgreifen, sondern denke, dass wir jetzt den Anzuhörenden das Wort geben sollten.

Vorsitzender Hakan Taş: Dann beginnen wir nun mit den Stellungnahmen der Anzuhörenden. Danach folgt eine Runde, in der die Mitglieder dieses Ausschusses ihre Fragen stellen

können. Im Anschluss daran haben Sie nochmals die Gelegenheit, diese Fragen zu beantworten. Ich denke, dass wir in alphabetischer Reihenfolge anfangen, oder haben Sie etwas anderes miteinander verabredet? Ansonsten können wir mit Frau Chernivsky anfangen – bitte!

Marina Chernivsky (Kompetenzzentrum Prävention und Empowerment): Vielen Dank für die Einladung zu dieser Anhörung! Ich habe beim Thema Behindertenpolitik zugehört, das hier diskutiert wurde. Das behandeln wir bei uns im Zentrum, welches hier vertreten ist, neben dem Thema Antisemitismus. Das zeigt vielleicht auch, dass unser Ansatz ein breiter ist: Diversität und Inklusion insgesamt bezogen unter anderem auch auf das Thema Antisemitismus.

Ich bin hier in einer doppelten Funktion. Einerseits kann ich mich als Wissenschaftlerin oder Bildungspraktikerin nicht ausschalten. Gleichzeitig leite ich aber ein Zentrum, welches sich diesem Thema explizit stellt, und bin auch als Überbringerin der zentralen Ergebnisse des Expertenkreises hier. Das alles fließt mit ein. Ganz kurz zum Kompetenzzentrum: Wir entwickeln pädagogische Ansätze. Wir sind an der Basis, arbeiten seit 2007 mit pädagogischen Fachkräften zusammen und haben ebenfalls seit 2015 auch den Bereich Empowerment der jüdischen Community. 2017 haben wir notgedrungen eine Interventions- und Beratungsstelle eingerichtet, weil es viele Vorfälle gab, die offensichtlich an anderen Stellen nicht so gut aufgehoben waren.

Ich möchte ein paar Beispiele einbringen, damit meine Ausführungen nicht zu trocken sind. N., eine leidenschaftliche Tangotänzerin: Nachdem ihr neuer Tanzpartner erfährt, dass sie aus Israel stammt, sagt er: Mit Kindermördern tanze ich nicht! – und bricht den Kontakt zu ihr ab. – Seit zweieinhalb Jahren erlebt F. an seiner Schule einen offenen Antisemitismus. Beiläufige Bemerkungen bezüglich seiner Kippa, aber auch hasserfüllte Kommentare sind Teil seiner Schulrealität. Sätze wie: „Euch gehört der Kopf abgeschlagen!“ –, lässt er noch durchgehen. Aber als es zu einer Holocaust-Leugnerin-Glorifizierung kommt, will er nicht mehr schweigen und bringt seinen Fall an die Presse. – Eine andere Ratsuchende in unserer Beratungsstelle schildert: Jugendliche steigen ein, fangen an, sich spielerisch zu schubsen, machen gleichzeitig Witze. Dann rief einer dem anderen zu: Bist du Jude, oder was? – Niemand stellte sich dagegen. Ich wusste, sagt sie, dass „Jude“ ein geläufiges Schimpfwort ist, nur gehört habe ich das persönlich noch nie. Das zu hören hat mich paralysiert. Mir vorzustellen, dass mein Sohn in der Schule in Deutschland nach der Shoah damit konfrontiert werden könnte, hat mich zutiefst verunsichert.

Es gibt viele Geschichten wie diese. Und diese sind nicht besonders spektakulär, fallen auch nicht in das Raster extremer Gewalt. Viele von ihnen werden zum einen nie erzählt, weil sie längst zur Normalität gehören, und zum anderen, weil ihnen niemand zuhören will. Vielen ist der Begriff „Antisemitismus“ und das, was damit gemeint ist, nicht besonders geläufig. Es herrscht eine allgemeine Uneinigkeit und Unwissen darüber, unter anderem auch in pädagogischen Kontexten, was heute unter Antisemitismus verstanden wird. Und es kommt häufig dazu, dass die unbehaglichen Äußerungen oder auch Ausfälle bagatellisiert und ihre Wirkung nivelliert oder auch als „nicht so gemeint“ entschuldigt werden. Dennoch: Antisemitische Ressentiments sind in der Gesellschaft tief verankert und ziehen sich als Ideologieformen, aber auch als diffuse Versatzstücke quer durch alle Gesellschaftsgruppen und auch politische Lager. Insbesondere der sekundäre und antizionistische Antisemitismus ist weit verbreitet und

stößt bei etlichen Umfragen auf hohe Zustimmungswerte. Dazu haben wir im Bericht ein ausführliches Kapitel.

Oft heißt es, das Besondere am aktuellen Antisemitismus sei, dass er sich kodiert äußere, schwer zu erkennen sei und erst mühsam geholt werden müsse, um bearbeitet zu werden. Ja, nach 1945 war es verpönt, sich offen antisemitisch zu artikulieren, aber daraus entwickelten sich auch Tabuzonen, die kommunikationslatent sind, die sehr schwer greifbar sind, aber den Umgang mit Antisemitismus bis heute regulieren. Vielleicht auch deshalb gibt es die Tendenz, das unbehagliche Thema zu verdrängen bzw. auszulagern, u. a. auch klar umrissenen Tätergruppen zuzuschreiben und sich dadurch diesen Gefühlen und dieser Feststellung zu entledigen.

Dabei überlagern sich aktuell verschiedene Antisemitismen zunehmend. Es wird zunehmend unübersichtlich. Auch das ist eine große Herausforderung für das pädagogische Handeln. Die neuen Rechten nutzen beispielsweise den Antisemitismusvorwurf als Instrument der kollektiven Disqualifizierung von muslimischen Communities. Die sogenannte Mitte der Gesellschaft – ein kritisch zu sehender Begriff – reproduziert diese Ressentiments permanent und nutzt die Israelkritik als Entlastungsprinzip. Im radikalen Islamismus wird sogar eine Variante des modernen Vernichtungsantisemitismus vertreten. Zuletzt gibt es auch gefährliche Allianzen zwischen den unterschiedlichen Gruppen, eben die Einigkeit im Hass auf Juden – aber auch auf Muslime, das muss ich dazu sagen. Aber das ist ein anderer Punkt.

Auch wenn der Antisemitismus ein gruppenübergreifendes Problem ist, gibt es Spezifika und auch Unterschiede bei unterschiedlichen Gruppen und unterschiedlichen Menschen. Die gilt es zu beachten, die wichtig sind, die für pädagogisches Verhandeln, auch politisch wichtig sind. Aber dieses Wissen darf nicht genutzt werden, um eine bestimmte Gruppe oder bestimmte Gruppen kollektiv und pauschal zu disqualifizieren und ihnen pauschal Antisemitismus zuzuschreiben.

Für die jüdische Bevölkerung – da mache ich einen Perspektivwechsel – ist es zunächst unwichtig, so wichtig, wie das auch für viele andere Fragen ist, von wem die Angriffe ausgehen. Antisemitisch aufgeladene Zuschreibungen, verbale Diffamierungen und zunehmend auch Gewalt gehören nun einmal, auch wenn sehr unterschiedlich ausgeprägt, auch sehr unterschiedlich erlebt und aufgearbeitet, zum Alltag jüdischer Menschen in Deutschland. Es ist ein fester Alltagsbestandteil, aber die Erfahrungen werden vom Rest der Gesellschaft eher selten gehört und vielleicht auch selten verstanden. Ich beziehe mich dabei auch auf langjährige Erfahrungen an Schulen, in Jugendhäusern und in der Jugendsozialarbeit. Das ist empirisch noch nicht nachgewiesen, aber naheliegend.

Es ist bemerkenswert, wie wenig Forschung es dazu gibt – auch das ist ein Ergebnis des Berichts – und wie wenig wir darüber wissen, wie Jüdinnen und Juden den Antisemitismus wahrnehmen, deuten und bewältigen. Auch in pädagogischen Kontexten wird selten danach gefragt, was der Antisemitismus oder Antisemitismuserfahrungen für die Betroffenen bedeuten und was sie mit ihnen machen.

Stattdessen wird ihnen oftmals unterstellt – auch das ist der Grund, warum sie unsere Beratungsstelle aufsuchen –, den Ernst der Lage zu übertreiben. Auch bei hiesigen anderen Bera-

tungsstellen fühlen sie sich manchmal nicht verstanden, eben weil auch der Nahostkonflikt und die sogenannte Israelkritik eine ganz große Rolle spielen.

Das Verständnis von Antisemitismus ist maßgeblich immer noch durch die historische Perspektive und auch durch Einstellungsforschung geprägt. Darin spielen die Erfahrungen von Jüdinnen und Juden eher eine untergeordnete Rolle. Ihre Differenzrealitäten, Bedarfe, Perspektiven werden nicht explizit gemacht und verbleiben bis heute außerhalb der hiesigen Debatten allgemein um gesellschaftliche Ausgrenzung und Diskriminierung. Damit schwingt einher, Antisemitismus sei etwas ganz anderes, verbleibe auf der Einstellungsebene, sei eben ein Vorurteil und habe sozusagen nichts mit Menschenrechtsverletzungen und sonstigen Diskriminierungsformen zu tun. Der Bericht des zweiten unabhängigen Expertenkreises, dem ich auch angehöre, zeichnet dieses Bild in Teilen nach. Ein Grundton oder Grundergebnis ist, es fehlt am Bewusstsein für den aktuellen Antisemitismus als ein gesamtgesellschaftliches Problem, nicht nur im Bereich Schule, Jugendsozialarbeit, Aus- und Weiterbildung von Lehr- und Fachkräften sind erhebliche Leerstellen zu verzeichnen. Es mangelt an einer beständigen und expliziten Grundlagenforschung, an einer regelmäßigen Erhebung antisemitischer Straftaten und Erfassung von subjektiven Antisemitismuserfahrungen.

An dieser Stelle will ich sagen, dass in den letzten Jahren oder im letzten Jahr in Berlin sehr viel passiert ist. Eine wichtige Koalition oder wichtige Partnerschaften wurden geschlossen. Mit RIAS haben wir eine sehr verlässliche Stelle, die genau die Erhebung, Erfassung und Dokumentation von Antisemitismusvorfällen macht. Alle, die hier anwesend sind, tragen auch ein Stückchen dazu bei.

Trotzdem besteht der Bedarf an umfassender und verstetigter Antisemitismusprävention, die eben verstetigt ist, die umfassend und institutionalisiert ist, aber auch die Betroffenenberatung hängt eng damit zusammen. Aus diesem Grund hat der Expertenkreis bei der Erstellung seiner Bestandsaufnahme eine groß angelegte Studie in Auftrag gegeben, die eben die Antisemitismuserfahrungen von Jüdinnen und Juden in Deutschland zu erfassen versucht. Das ist die erste Studie dieser Art, die in Deutschland angefertigt wurde. Das gebe ich nur zu bedenken. Während in einer anderen Umfrage der Bertelsmann-Stiftung 2013 knapp 20 Prozent der Befragten den Antisemitismus überhaupt eine Relevanz beimessen, zeigt diese Studie zu jüdischen Perspektiven eine diametral andere Einschätzung. Fast 80 Prozent der 553 Befragten halten den Antisemitismus für ein großes Problem. Fast 80 Prozent der Befragten meinen, Antisemitismus habe in den letzten Jahren zugenommen. Die Spannbreite von diesen Erfahrungen reicht von subtilen Formen, versteckten Andeutungen bis hin zu verbalen Beleidigungen und körperlicher Gewalt. Dabei geht es nicht zwingend um direkte, sondern um ungerichtete antisemitische Taten. Das ist auch ganz wichtig zu sagen, es ist ähnlich wie im Rassismusbereich, es sagt ganz viel darüber, wie die Menschen die Diskurse wahrnehmen, was über sie gesagt wird. Es wird ja relativ wenig mit ihnen gesprochen.

Orte des Geschehens werden genannt: Internet, maßgebliche soziale Medien, Demonstrationen, auch Schule ist ein wichtiger und brennender Ort, aber auch Arbeitsplatz und das nahe Umfeld. Gerade die versteckten Andeutungen erfahren Menschen im Umfeld, nicht von Fremden, von unbekannten Menschen, sondern von Kollegen und etlichen anderen.

Als Täter werden von den Betroffenen gerade im Bereich der körperlichen gewalttätigen Auseinandersetzung überproportional muslimische Personen genannt – eben subjektiv einge-

schätzt, oftmals wissen die Menschen nicht, wer die Täter sind –, aber auch nicht weniger links und rechts Orientierte, und gerade auf dieser Ebene der versteckten Andeutung und der subtilen Formen die Durchschnittsbevölkerung. Zudem ist mit Blick auf die Geflüchteten aus Ländern des Nahen Ostens die Sorge groß, zumindest auf der Ebene von Sorge, also keine konkreten Erfahrungen; da gibt es diese Vorstellung, sie könnten aus diesen Ländern eben den politischen Antisemitismus mitbringen. Der Großteil der Befragten empfindet aber den Alltagsantisemitismus, der eben nicht spektakulär ist, als sehr belastend. Und es besteht ein hohes Ausmaß an Verunsicherung. Dazu kommen die Vorsichtsmaßnahmen, die sich im Bereich Schule ganz deutlich zeigen, beispielsweise die Vermeidung bestimmter Orte, Verstecken jüdischer Symbole, Verschweigen jüdischer Zugehörigkeit. Kindern wird oft geraten: Sag einfach nicht, dass du Jude bist! – Dann ist das Problem sozusagen erledigt. Oder sie nehmen ihre Kinder von der Schule, wenn sie merken, dass es zu Spannungen kommt. Diese Tendenz ist steigend. Aus anderen Quellen können wir das bestätigen, weil die jüdischen Schulen zunehmend mit Anmeldeanträgen für Kinder überhäuft werden.

Zugleich melden nur recht wenige Befragte – zumindest so die Studie –, konkrete Vorfälle, noch weniger lassen sich beraten. Es ändert sich momentan, eben weil wir darauf reagiert haben. Es gibt auch andere Institutionen, die darauf reagiert haben und Beratungsstellen einrichten.

Vorsitzender Hakan Taş: Ich möchte Sie nicht unterbrechen, aber nur darauf hinweisen, dass wir die Fünf-Minuten-Begrenzung schon großzügig ausgelegt haben.

Marina Chernivsky (Kompetenzzentrum Prävention und Empowerment): Sorry! – Ich wollte noch zwei Sätze zur Schule sagen, weil wir an Schulen sind und seit vielen Jahren diese Expertise mitbringen. Der Antisemitismus an der Schule ist ein brennendes Problem. Das habe ich schon gesagt. Das ist gerade für jüdische Familien auch mangelndes Vertrauen. Es gibt viel zu tun, nur dieses Handeln kann eben nur koordiniert erfolgen. Ich glaube, das ist auch das Thema und der Grund für diese Anhörung. Der Schutz der Betroffenen geht vor, aber auch pädagogisches Handeln zum Zwecke der Irritation und Veränderung von Perspektiven von antisemitischen Auffassungen. Die sind wichtig. Das kann nur erfolgen, wenn es Stellen gibt, die das koordinieren. Heute haben wir die Anhörung im Bundestag oder den Antrag zum Thema Antisemitismusbeauftragter. Länder brauchen – und das war auch die explizite Empfehlung vom Expertenkreis – auf jeden Fall eine Institution, eine Struktur, die sich mit diesem Thema auskennt, die diesem Thema auch Raum gibt. Die vielleicht künftige Bund-Länder-Kommission trägt dann dazu bei, dass dieser Austausch in der Arbeit gegen Antisemitismus vorankommt. – Danke!

Vorsitzender Hakan Taş: Danke auch! – Her Hizarci, bitte!

Dervis Hizarci (Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus e. V. – KIgA –): Vielen Dank! – Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Senatorin! Liebe Abgeordnete! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte vorab sagen, dass ich Marinas Worten nur beipflichten kann. Ich könnte alles so unterschreiben und unterstreichen und genauso vortragen, nur habe ich das ein bisschen anders gemacht. – Vielen Dank für die Einladung zu der heutigen Anhörung. Mir ist bei der Einladung schnell aufgefallen, dass das Datum der eingereichten Drucksache der CDU 5. April 2017 zeigt, dass Sie bereits mit der Forderung eines Antisemitismusbeauftragten Weitsicht bewiesen haben noch vor der Publikation der unabhängigen

Expertengruppe, der auch Marina zugehörig ist. Das war interessant und hat mir persönlich auch sehr gut gefallen, dass ich jetzt hier dazu etwas sagen kann, ehrt mich.

Integration ist eine sensible Sache. Für unsere Gesellschaft ist es dazu aber ein ungemein wichtiges Thema, denn hier kochen die Gefühle über. Hieran entzünden sich tagtäglich die Debatten, wenn im Kanzlerduell gut über die Hälfte der Redezeit für das Thema Migration und Integration genutzt wird, zeigt das deutliche Tendenzen in gesellschaftlichen Diskursen. Hochgradig relevant sind aber auch andere gesellschaftliche Problemfelder wir Rassismus, Intoleranz, immer mehr Online-Hate-Speech, vor allem aber auch Antisemitismus und antimuslimischer Rassismus. Wir dürfen den grassierenden Antisemitismus, der seit Jahren in der sogenannten Mitte der Gesellschaft – dass das eine problematische oder schwierige Bezeichnung ist, hat Marina erwähnt – sowie am linken und am rechten Rand der Gesellschaft sich Bahn bricht, nicht ignorieren. Wir als KIgA fordern ausdrücklich Vernunft und vor allem eine Weitsicht bei dieser Debatte. Die Idee des Antisemitismusbeauftragten sollte nicht sein, Migranten, Muslime oder den anderen Antisemitismus zu bescheinigen. Es hilft der Sache nicht, den Schwarzen Peter ständig weiterzureichen. Die Zivilgesellschaft muss gestärkt werden. Und hier müssen wir zusammenführend und zielführend vorgehen.

Angesichts der absoluten Zahlen aus verschiedenen Berichten, vor allem aber ausgehend vom Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus des Deutschen Bundestages, ist eine gefährliche Tendenz, Antisemitismus generell als Problem muslimischer Mitbürgerinnen und Mitbürger darzustellen. Es ist ohnehin problematisch, Muslime als Migranten darzustellen. Ein großer Teil der Muslime in Deutschland sind deutsche Staatsbürger. Alles andere ist schlicht falsch und für die Sache – in dem Fall, Antisemitismus zu bekämpfen – kontraproduktiv. Im notwendigen Kampf gegen Antisemitismus müssen wir tunlichst darauf achten, andere diskriminierende Stereotype nicht zu reproduzieren. Deshalb bemüht sich die KIgA, Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus sinnvoll verknüpft anzugehen und somit auch erfolgreich zu bekämpfen. Wir sprechen uns für Lösungswege aus. Und die bestehen aus unserer Sicht aus Bildung, Beratung und Begegnung. Trotz großer Versuche, Antisemitismus als Phänomen im Kontext von Migration zu verorten, auch mit Bezeichnungen wie „importierter Antisemitismus“ oder „muslimischer Antisemitismus“, ist Antisemitismus ein gesamtgesellschaftliches Problem. Teil dieser Gesamtgesellschaft sind die Muslime. Und ja, auch unter ihnen gibt es Antisemitismus, den man ernst nehmen und bekämpfen muss.

Antisemitismus ist ein unerträgliches Verbrechen, um es einmal in dieser Deutlichkeit zu sagen, das immer eine Sache der staatlichen Organe sein sollte. Antisemitismus ist Diskriminierung, Antisemitismus ist Hass, Antisemitismus ist Gewalt. Und dementsprechend ist es eine Sache des Rechtsstaats und gehört ins Ressort Justiz. Die Bekämpfung des Antisemitismus muss als eine bürgerliche Tugend vermittelt werden und sollte auch als bürgerschaftliches Engagement verstanden werden. Umso mehr gewinnt die Initiative der Staatssekretärin Chebli hier in Berlin an Bedeutung. Es sollte hier um Strukturen gehen, die geschaffen werden und die nachhaltig wirken. Insgesamt müssen wir uns um eine rassismuskritischere und diskriminierungssensiblere Gesellschaft bemühen.

Wir beobachten, dass sich manche gesellschaftlichen Akteure als Garanten jüdischen Lebens profilieren möchten, während sie zeitgleich Geschichtsrevisionismus betreiben und die „Protokolle der Weisen von Zion“ in ihren Kreisen verbreiten. Dass es hier nicht um die Bekämpfung des Antisemitismus geht und auch nicht um die Bedürfnisse und die Sorgen und Belange

der jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger ist mehr als offensichtlich. Und wenn die gleichen Akteure zusätzlich auch noch massiv gegen eine andere abrahamitische Religion und ihre Zugehörigen hetzen, verschärft sich dieses Bild. Wer heute eine Minderheit diskriminiert, kann morgen eine andere zum Buhmann machen. Auch wenn dieses Morgen nie eintrifft, müssen wir heute schon Haltung zeigen und als demokratische Kräfte zusammenstehen. – Danke!

Vorsitzender Hakan Taş: Ich danke auch! – Herr Königsberg, bitte!

Sigmount Königsberg (Antisemitismusbeauftragter der Jüdischen Gemeinde zu Berlin): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Senatorin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Zunächst denke ich Ihnen ganz herzlich, auch im Namen der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, dass Sie mir die Möglichkeit einräumen, Ihnen zu berichten. Lassen Sie mich mit einem Zitat beginnen: „Antisemitismus ist Massenmord und muss dem Massenmord vorbehalten bleiben.“ – So definiert Diether Dehm Antisemitismus. Damit wird – ob gewollt oder nicht – jede Hetze gegen jüdische Menschen legitimiert.

Im Jahre 2016 wurden der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus RIAS 495 antisemitische Vorfälle gemeldet. Es ist anzunehmen, dass diese Zahl 2017 übertroffen wurde, und ich gehe davon, dass die Dunkelziffer noch um ein Vielfaches höher liegt. Auf den ersten Blick hört sich das erst mal in einer Stadt von 3,5 Millionen Einwohnern wenig an. Aber nicht die 3,5 Millionen sind meine Bezugsgröße, sondern unsere 10 000 Gemeindemitglieder. Das wirft schon ein ganz anderes Bild auf die Lage.

Antisemitismus fängt an, wenn jüdische Menschen ihre Identität nicht offen zeigen können, wenn sie befürchten müssen, wegen einer Kippa, wegen eines Davidsterns behelligt oder angegriffen zu werden. Dies ist für die allermeisten jüdischen Menschen eine Alltagserfahrung geworden. Ebenso zu unseren Alltagserfahrungen gehören das Leugnen und Ignorieren von Antisemitismus. Ich rede nicht von Spinnern, sondern von Gerichtsurteilen wie das des Landgerichts Wuppertal, das einen Brandanschlag auf eine Synagoge nicht per se als Antisemitismus ansah oder auch Schulleitungen, wie beispielsweise die einer Schule in Charlottenburg-Wilmersdorf, wo zu einer jüdischen Lehrerin angesichts antisemitischer Vorfälle gesagt wurde: „Nun seien Sie mal nicht so empfindlich!“

In dem Bericht des Expertenkreises Antisemitismus des Deutschen Bundestages, von dem wir eben gehört haben, der im April 2017 vorgelegt wurde, wurde eine Befragung der jüdischen Bevölkerung Deutschlands veröffentlicht. 76 Prozent der Befragten gaben an, Antisemitismus als großes oder sehr großes Problem zu empfinden, 78 Prozent sagten, dass Antisemitismus in den letzten fünf Jahren zugenommen habe, und sogar 83 Prozent befürchten, dass er in den nächsten Jahren zunehmen wird. Fast jeder Jude, fast jede Jüdin macht antisemitische Erfahrungen, mit Diskriminierung und Ausgrenzung. Manche sind so alltäglich, dass man schon darüber hinwegsieht und -hört. Es fängt damit an, dass viele Menschen Jüdinnen und Juden nicht als Deutsche ansehen. Nicht minder alltäglich sind Forderungen nach einem sogenannten Schlussstrich. Und ein „Du Jude!“ wird nur noch überhört.

In der Forschung werden folgende Formen des Judenhasses unterschieden: religiös motivierter Antijudaismus, „rassisch“ begründeter Antisemitismus, der sogenannte sekundäre Antisemitismus, der sich auf den Holocaust, dessen Leugnung bzw. Relativierung bezieht und die

Erinnerung an die Shoah in Frage stellt, und zuletzt noch die virulenteste Form, der israelbezogene Antisemitismus. Die Grenzen sind dabei fließend. So berühren sich sekundärer und israelbezogener Antisemitismus, wenn Israel mit Nazi-Deutschland verglichen wird. Oder die Mythen des Mittelalters leben heute in Form des Vorwurfes der Brunnenvergiftung oder mit „Kindermörder Israel“ wieder auf.

Heinrich Heine schrieb einst „wo man Bücher verbrennt, verbrennt man auch am Ende Menschen." Heute könnte man ohne Weiteres sagen: Wo man Davidsterne verbrennt, verbrennt man auch am Ende Menschen. – Das hört sich sehr pathetisch, gar übertrieben an, hat aber leider Gottes einen realen Hintergrund: Wenige Tage nach der Demonstration am Brandenburger Tor, wo ein Davidstern verbrannt wurde, wurden zwei Jungs, neun und elf Jahre alt, die miteinander Hebräisch sprachen, auf einem Charlottenburger Spielplatz von Jugendlichen mit Feuerwerkskörper beschossen. Einer der Jugendlichen versuchte sogar, die Haare des einen Jungen mittels eines Feuerzeugs anzuzünden. Oder: im Mai 2017 wurde versucht, eine israelische Fahne anzuzünden, die eine 60 Jahre alte Frau auf ihre Schulter gelegt hatte. An der Weddinger Ernst Reuter Oberschule wurde einem Jungen Folgendes entgegengeschleudert: „Wallah, Hitler war gut! Denn er hat die Juden umgebracht! Er war ein guter Mann!“ – Um es zu verdeutlichen: Es sind nicht nur Worte, den Worten folgen auch Taten. Es darf nicht so weit kommen wie in Paris und in der Umgebung von Paris, wo Menschen ermordet wurden, weil sie Juden sind und nur weil sie Juden sind.

Über die Demonstrationen im Dezember ist viel berichtet worden, nur so viel: Die Politik ist gefordert, ein angstfreies Zusammenleben aller zu ermöglichen. Und aus diesem Grunde ist es notwendig, dass Hasskundgebungen, ebenso wie Terrorpropaganda und antisemitische Ausfälle, von vornerein unterbunden werden. Meinungs- und Demonstrationsfreiheit sind völlig zu Recht ein sehr hohes Gut unserer Verfassung, unserer Gesellschaft. Aber die Freiheit des einen endet da, wo die Freiheit des anderen beeinträchtigt wird: Der Ruf „Chaibar, Chaibar, ya yahud, dschaisch Mohammed saya'du“, zu Deutsch: „Chaibar, Chaibar, oh ihr Juden! Mohammeds Heer kommt bald wieder!“ ist nicht mehr und nicht weniger als eine Todesdrohung.

An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass die zentrale orthodoxe Synagoge Joachimsthaler Straße sich in unmittelbarer Nähe des Kurfürstendamms befindet. Schon mehrfach wurde die ungehinderte Religionsausübung von Beterinnen und Betern der Synagoge beeinträchtigt, sei es dadurch, dass sie nicht über den Kurfürstendamm die Synagoge erreichen konnten, sei es, dass wie im Juli 2014, Demonstranten diese Synagoge regelrecht belagerten und dabei „Jude, feiges Schwein“ riefe, sei es, dass im April 2017 eine sogenannte Menschenkette unmittelbar vor dem Gottesdienst direkt vor der Synagoge Joachimsthaler Straße enden sollte – und zunächst auch zunächst so genehmigt wurde – und erst aufgrund massiver Intervention rund 100 Meter vor der Synagoge endete, als ob dies keine Beeinträchtigung des Zugangs zum Gottesdienst darstellen würde.

Ja, das Demonstrationsrecht ist ein hohes Gut. Das heißt aber nicht, dass dieses Recht genau vor der Haustüre unserer Synagoge ausgeübt werden muss.

Vorsitzender Hakan Taş: Herr Königsberg! Ich möchte Sie ungern unterbrechen, aber die großzügigen fünf Minuten für das Statement sind um. Wenn Sie so langsam zum Schluss kommen würden, würde ich mich sehr freuen.

Sigmount Königsberg (Antisemitismusbeauftragter der Jüdischen Gemeinde zu Berlin): Also gut. – Ich möchte noch kurz zwei Punkte anmerken. Ich erinnere an die von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland am 20. September 2017 angenommene Arbeits-Definition Antisemitismus:

> Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen. Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.

Es wäre schön, wenn das Land Berlin als erstes Bundeland diese Definition für Berlin übernehmen und in allen seinen Einrichtungen, allen Behörden und Verwaltungen sowie allen Bezirken und auch den landeseigenen Betrieben implementieren würde.

Es wäre auch schön, das sage ich jetzt kurz, wenn Berlin dem Beispiel Münchens folgen würde und der der antisemitischen sogenannten Boykottbewegung weder finanzielle Mittel noch Räume zur Verfügung stellen würde.

Ganz zum Schluss: Die Jüdische Gemeinde zu Berlin muss in der Lage sein, alle ihre Kinder, vor allem die, die kein Gymnasium besuchen können, zu unterrichten. Wir – die Jüdische Gemeinde – stehen in der Pflicht, alle unsere Kinder und Jugendliche zu schützen, ihnen Raum zugeben, frei von antisemitischen Übergriffen lernen zu können. Unsere Kinder können nicht warten, bis die staatlichen Aus- und Fortbildungsprogramme greifen. Hier ist ein dringender Handlungsbedarf gegeben. Der Umgang mit Antisemitismus ist und bleibt der Lackmustest für jede demokratische Gesellschaft. Edmund Burke sagte einst: „Für den Triumph des Bösen reicht es, wenn die Guten nichts tun!“ Das gleiche gilt auch hier. Passivität und Schweigen wird die Judenhasser aller Couleur ermuntern, Appeasement hat noch nie funktioniert. Von daher reicht die Verantwortung für ein gedeihliches Zusammenleben weit über die Politik hinaus. Hier ist die Zivilgesellschaft gefordert, indem sie klarstellt, dass sie Homophobie, Sexismus, Rassismus und Antisemitismus bannt. – Meine Damen und Herren, ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Vorsitzender Hakan Taş: Wir danken Ihnen auch! – Frau Rosenstein, bitte!

Mirjam Rosenstein: Auch von mir vielen Dank für die heutige Einladung hier. Und auch danke an meine Vorrednerin und meine Vorredner, sie haben schon sehr viele richtige und auch wichtige Punkte gesagt. Ich gebe mir Mühe, nichts zu wiederholen, und möchte mit ein paar Zitaten beginnen aus der Rede zur Einweihung der Gedenkstätte anlässlich des Attentats bei den Olympischen Spielen 1972 in München. Da sagte nämlich Herr Seehofer:

> Wer unsere jüdischen Mitbürger bedroht, stellt sich gegen Demokratie und Freiheit. Er bedroht uns alle!

Und Bundespräsident Steinmeier sagte:

> Nur wenn Juden in Deutschland vollkommen sicher, vollkommen zuhause sind, ist dieses Deutschland vollkommen bei sich.

Mit diesen Zitaten trifft man eigentlich schon den Kern der heutigen Debatte. Auch wenn ich mich in meinem persönlichen Umkreis umhöre, dann sitzen viele meiner Bekannten, jüdischen Freunde, viele Eltern der Freunde meiner Kinder innerlich alle wieder auf gepackten Koffern. Es hat sich etwas geändert in Deutschland. Der Umgang mit jüdischen Mitbürgern hat sich verändert, ist unsicherer geworden. Das muss ich nicht immer in Taten äußern, das kann manchmal subtil verbal geschehen, das kann manchmal durch direkte Worte geschehen. Wie Frau Chernivsky schon beschrieben hat, wird vieles davon gar nicht gesagt. Meine persönliche Erfahrung ist, dass vieles unter dem Mäntelchen der historischen Geschichtsbewältigung, unter dem gelehrten Verfolgen des Holocaustes, das dürfen wir nicht sagen, das können wir nicht sagen, ist, und innerlich die Leute diese Gedanken dann auch nicht zu Ende denken, irgendwo wieder abschließen, aber ein latenter Antisemitismus in ganz weiten Teilen der Bevölkerung noch immer da ist und nicht bewusst verarbeitet wird.

Deshalb ist auch eine Erkenntnis aus dem Antisemitismusbericht, dass Antisemitismus ein gesamtgesellschaftliches Phänomen ist, in allen Schichten auftaucht, eine ganz wichtige. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Pflicht, Antisemitismus zu bekämpfen. Es kann nicht allein die Aufgabe des Staates sein. Deshalb kommt auch bei der Forderung eines Antisemitismusbeauftragten immer diese enge Verknüpfung zu Bildung – Herr Hizarci hat es ganz schön ausgedrückt – zu Bildung, Beratung und Begegnung, diese drei B sind ein ganz gutes Stichwort. Aber es kann eben nicht die Aufgabe nur des Staates sein, dies von oben aufzuoktroyieren. Wir müssen eine Grundlage schaffen, dass dies auch wieder aus der Gesellschaft kommt. Ganz wichtig: Es ist nicht die Aufgabe der Juden, Antisemitismus zu bekämpfen. Und es darf nicht verlangt werden, dass dies nur aus der Ecke der jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger kommt. Hier möchte ich Ihnen danken, dass diese Aussprache heute stattfindet, weil das zeigt, dass wir diesen ersten Schritt gegangen sind.

Wenn wir gucken, woher der Antisemitismus kommt, auch die verschiedenen Formen des Antisemitismus, dann wurde schon oft gesagt, dass wir zum einen diesen altbekannten, von mir auch als latent bezeichneten Antisemitismus haben, der sich jetzt immer wieder geäußert hat. Es kommt eine Art importierter Antisemitismus unter Migranten auf, es kommt der Antisemitismus durch die muslimische Bevölkerung auf. Und sie sind unterschiedlich in ihrer Erscheinungsform. Sie beflügeln sich gegenseitig. Sie lassen auch Leute wieder Dinge ausdrücken, die man sich früher vielleicht nicht zu sagen getraut hätte. Diese Gedanken, die man unterbunden hätte, werden in der heutigen Zeit – Herr Königsberg hat die jüngsten Ereignisse der Demonstration angesprochen – wieder frei geäußert.

All diese Formen, ganz eng die Verbindung zu Antizionismus und Israelkritik, bedrohen auf eine ganz gefährliche Weise unsere Grundwerte der Demokratie, der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit. Gerade um diese weiter zu erhalten, ist es ganz besonders wichtig, mit dem Antisemitismus sorgfältig und feinfühlig umzugehen. In dem Spirit wünsche ich mir auch den Antisemitismusbeauftragten, dass er als Gradmesser der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und Grundwerte gesehen wird, als ein Mittel, wie unsere Gesellschaft wieder zu sich finden kann, sodass wir ganz im Sinne dessen, was Bundespräsident Steinmeier gesagt hat, dass nur dann, wenn die Juden wieder vollkommen in Deutschland zuhause sein können, diese Republik vollkommen bei sich ist.

In dem Sinne kann ich wirklich die Forderung eines Antisemitismusbeauftragten nur unterstützen. Ganz wichtig ist auch, dass er mit Kompetenzen ausgestattet wird, dass er ressortübergreifend koordinieren kann, dass er das Thema Bildung angehen kann, dass er das Thema Durchsetzung, Umsetzung von den bereits vorliegenden rechtlichen Rahmen auch im Bereich Straf- und Versammlungsrecht kontrollieren und da mitsprechen kann und auch gehört wird, inwiefern wir uns hier mit dem Problem Antisemitismus wieder befassen müssen.

Zudem – es wurde oft angesprochen – müsste meines Erachtens ein Antisemitismusbeauftragter Einblick in das Curriculum von Integration und Umgang mit Migranten haben als auch der Dialog mit den in Deutschland lebenden Muslimen geführt werden. – Ich danke!

Vorsitzender Hakan Taş: Danke für die Stellungnahmen. – Auf der Redeliste stehen aktuell Herr Wild und Frau Seibeld. – Herr Wild, bitte!

Andreas Wild (fraktionslos): Schönen Dank! – Ich habe an Herrn Königsberg und Frau Rosenstein eine Frage. Wir erleben ja, dass der Umgang mit dem jüdischen Volk in ganz Europa nicht so ganz unproblematisch ist, insbesondere in Frankreich. Wenn wir jetzt hier einen Antisemitismusbeauftragten ausloben, inwieweit glauben Sie, dass der sich unterscheiden würde von einem Antisemitismusbeauftragten in Frankreich?

Vorsitzender Hakan Taş: Wir sammeln erst einmal die Fragen. – Frau Seibeld, bitte!

Cornelia Seibeld (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank noch einmal an die Anzuhörenden, dass sie sich heute die Zeit genommen haben, Dank auch für die interessanten Ausführungen. Sie haben alle ein Bild gezeichnet von einem den meisten im Haus bekannten erschreckenden Antisemitismus, der sich letztlich durch große Schichten der Gesellschaft in Deutschland zieht. Ich würde gerne von Ihnen wissen, was Sie sich von der Politik wünschen würden, welche konkreten Wünsche Sie an uns als Berliner Abgeordnetenhaus haben und wie Sie die bisherigen Bemühungen des Senats, dieses Themas Herr zu werden, einschätzen, ob Sie die als ausreichend einschätzen, als guten Beginn und was Sie sich da in den nächsten Jahren noch wünschen würden. – Vielen Dank!

Vorsitzender Hakan Taş: Frau Schubert, bitte!

Katina Schubert (LINKE): Vielen Dank auch für die spannenden, interessanten Ausführungen. – Herr Königsberg! Für die Äußerungen von Diether Dehm schäme ich mich zutiefst. Und ich kann Ihnen auch sagen – und das sage ich Ihnen als Vorsitzende des Landesverbands der Linken in Berlin –, damit spricht er nicht für diese Partei. Gleichwohl weiß ich, dass wir auch in unserer Partei damit ein Problem haben. Die Senatorin hat vor 12 Jahren alles dazu gesagt, was dazu zu sagen ist. Das war auch nicht senatorisch, deshalb wiederhole ich es hier jetzt nicht. – [Senatorin Elke Breitenbach: Stimmt! War auch nicht parlamentarisch!] – Ich denke auch, es ist unstrittig, dass Antisemitismus eine ganz besondere Form der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit ist und man deswegen nicht sagen kann, wenn wir Rassismus bekämpfen, haben wir auch Antisemitismus bekämpft, sondern es sind tatsächlich unterschiedliche Ausprägungen und Motivationen, die zu unterschiedlichen Erscheinungsformen führen. Deswegen ist für mich zentral wichtig – da haben Sie als Sachverständige gute Hinweise gegeben –, inwieweit die Strukturen, die wir jetzt schon im Land Berlin haben, mit der LADS, auf der institutionellen, auf der staatlichen Ebene, mit den Projekten, die wir haben, da

ist KIgA hier, RIAS ist genannt worden, Anne-Frank-Zentrum und viele andere, die zivilgesellschaftlich einwirken, wo es Anlaufstellen gibt für Opfer von Antisemitismus, ausreichen, inwieweit wir da nachbessern, nachsteuern müssen. Wir haben den Arbeitskreis gegen Antisemitismus, der jetzt auf der Ebene Senatskanzlei eingerichtet worden ist. Das wäre sinnvoll, wenn wir das auch in Auswertung der Anhörung hier und weiterer Veranstaltungen alles übereinanderlegen und dann noch einmal sehr genau überprüfen und gucken, was da dann sinnvoll ist. Da bin ich für Hinweise sehr dankbar. – Also, vielen Dank noch einmal!

Vorsitzender Hakan Taş: Frau Jarasch, bitte!

Bettina Jarasch (GRÜNE): Vielen Dank, Ihnen allen, auch in der Darstellung, Einbettung von Antisemitismus in ein gesamtgesellschaftliches Problem, das wir gesamtgesellschaftlich angehen müssen – das kann man, glaube ich, bei allen vieren sagen –, wo Verkürzungen und Instrumentalisierungen und Gruppen, die gegeneinander ausgespielt werden, uns nicht weiterbringen. Das habe ich bei Ihnen allen vieren herausgehört. Das ist erst einmal eine wichtige Grundlage für alles, was wir weiter machen.

Herr Hizarci! Sie haben darauf hingewiesen, dass dieser Antrag der CDU schon vom letzten Jahr stammt. Der Anlass war damals, soweit ich mich erinnere, ein Antisemitismusvorfall in der Gemeinschaftsschule in Friedenau. Der hat eine große Debatte ausgelöst. Sie alle haben betont, wie wichtig Bildung und das Reingehen in Schulen für Prävention und für den Kampf gegen Diskriminierung sind. Vor diesem Hintergrund wollte ich Ihnen sagen: Ich war in dieser Schule und habe danach auch mit den Eltern des betroffenen Jungen lange gesprochen. Ich fand es sehr interessant: Den Eltern ging es nicht um ihren Jungen, sondern ihr Hauptproblem war, dass diese Schule generell Diskriminierungen der unterschiedlichsten Art zugelassen hat und nicht konsequent dagegen vorgegangen ist, auch gegen Schwarze, gegen Homosexuelle usw. Es gab alle möglichen Formen von Mobbing und Diskriminierung an dieser Schule. Die Schule war offensichtlich überfordert, damit umzugehen. Hilfe gefunden haben sie dann bei der Antidiskriminierungsbeauftragten in der Bildungsverwaltung.

Wir reden hier über Strukturen. Ich glaube, es gibt eine völlige Einigkeit, dass man Strukturen braucht, die auch wirklich die Möglichkeit haben, zu intervenieren, die nicht nur außen vor bleiben. Das ist meines Erachtens ganz zentral. Vor diesem Hintergrund sei auch gesagt: Auf Bundesebene gibt es einen Antrag, der einen Antisemitismusbeauftragten fordert. Auch unsere Fraktion dort hat sich dem auf Bundesebene angeschlossen. Das ist richtig so, denn nachdem damals die Expertenkommission ihre Ergebnisse vorgelegt hatte, ist nichts passiert. Es gibt also auf Bundesebene ganz offensichtlich ein Defizit. Aber wir haben im Land Berlin – und darüber bin ich sehr froh – andere Strukturen. Frau Schubert hat gerade schon darauf hingewiesen. Wir haben andere Möglichkeiten. Und wir haben z. B. in den Haushaltsberatungen auch als Konsequenz aus Antisemitismus und die unbearbeiteten Vorfälle an Schulen gerade diese Antidiskriminierungsbeauftragte in der Bildungsverwaltung gestärkt, weil sie in das System Schule eingreifen kann und damit Möglichkeiten hat, die keine Beratungsstelle von außen in dieser Form haben wird.

Gleichzeitig haben wir viele Initiativen wie KIgA und andere, die auch an Schulen arbeiten. Wir sehen aber auch die Notwendigkeit, dass Lehrkräfte systematisch fortgebildet werden. Da haben Sie natürlich recht. Da stehen wir noch ganz am Anfang. Auch dafür haben wir Mittel bereitgestellt. Vor diesem Hintergrund frage ich jetzt zum einen die Senatsverwaltung: Mich

würde interessieren, was wir an Möglichkeiten schon alles haben, strukturell, gerade in der LADS, um dieses Thema anzugehen. Mich würde von Ihnen vor diesem Hintergrund interessieren, wo Sie die Defizite tatsächlich sehen, wo Sie glauben, dass wir gezielt noch einmal reingehen müssen. – Danke!

Vorsitzender Hakan Taş: Herr Bachmann, bitte!

Hanno Bachmann (AfD): Vielen Dank an die Anzuhörenden auch vonseiten meiner Fraktion. Ich glaube, Ihre Ausführungen haben deutlich gemacht, dass wir auch auf Berliner Ebene einen Antisemitismusbeauftragten brauchen, weshalb wir uns dem Antrag der CDU anschließen. Ich hätte noch einige Fragen, und zwar zunächst zur Stimmung in der Jüdischen Gemeinde. Frau Rosenstein! Sie hatten ja gesagt, viele säßen innerlich auf gepackten Koffern. In Frankreich ist es ja zu beobachten, dass viele Juden auch schon das Land wieder verlassen haben, weil sie die Zustände dort für unerträglich erachten. Wie weit sind wir hier? Gibt es schon Auswanderungsbewegungen, oder ist es noch nicht so weit, und die Menschen fühlen sich zwar bedrängt, aber bleiben doch letztlich, jedenfalls im Moment, noch in Deutschland?

Dann wurden auch die Vorfälle an den Schulen angesprochen. Da würde mich interessieren, wie die Stimmung unter jüdischen Eltern ist, wie viele noch bereit sind, ihre Kinder auf öffentliche Schulen zu schicken und wie viele sagen, nein, wir wollen unsere Kinder an eine jüdische Schule schicken, weil wir sie dem nicht aussetzen wollen, was dort vielfach an öffentlichen Schulen passiert.

Dann noch zum Antisemitismusbeauftragten: Es wurde ja die Notwendigkeit hervorgehoben, dass dieser ressortübergreifend agieren können müsse, deshalb meine Frage: Wo wäre aus Ihrer Sicht ein solcher Beauftragter am besten angesiedelt: beim Regierenden Bürgermeister, weil dort die Möglichkeit bestünde, übergreifend zu agieren?

Die zweite Frage: Wer sollte den Antisemitismusbeauftragten ernennen: eine Kommission oder der Senat oder vielleicht sogar das Abgeordnetenhaus, um die Legitimation besonders zu erhöhen, weil das Abgeordnetenhaus ja das höchste Verfassungsorgan in Berlin ist? – Vielen Dank!

Vorsitzender Hakan Taş: Herr Walter, bitte!

Sebastian Walter (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank auch an den Ausschuss, dass die Mitglieder des Rechtsausschusses heute hier mit dazu eingeladen wurden. Dafür bin ich sehr dankbar. Vielen Dank auch an die Anzuhörenden für diese sehr eindrückliche Darstellung des Problems und dessen, wie wir uns damit auseinandersetzen können.

Ich möchte erst einmal die Debatte einordnen und dann noch Fragen stellen zur Einordnung. Im Parlament haben wir uns mit diesem Problemfeld schon beschäftigt, zuletzt in der Plenardebatte zum Haushalt am 14. Dezember, wo dieses Haus mit großer, übergreifender Mehrheit auch eine Resolution beschlossen und die Haltung deutlich gemacht hat, dass wir Antisemitismus selbstverständlich nicht tolerieren, egal von welcher Richtung er kommt.

Ich möchte bei dieser Einordnung noch einmal Bezug nehmen auf das, was Sie, Frau Seibeld, in der Debatte gesagt haben, nämlich zum einen, dass der Regierende Bürgermeister und auch

die Koalition es quasi nur bei bloßen Lippenbekenntnissen belassen würden, was die Bekämpfung des Antisemitismus angeht. Im Rahmen dieser Debatte ist auch gesagt worden, dass die zentrale Einrichtung des Landes, die sich mit der Bekämpfung des Antisemitismus beschäftigt, nämlich die Landesantidiskriminierungsstelle, eine Fantasiebehörde sei, und deren Arbeit wurde – da zitiere ich auch aus dem Protokoll, in dem Fall von Herrn Rissmann – als „Nebensächlichkeit und Kokolores“ abgetan. Ich hoffe, dass wir uns heute wieder auf eine sachliche Ebene begeben können und uns noch einmal diese umfassenden Maßnahmen anschauen, die das Land bereits umsetzt, aber auch das, was noch an Leerstellen, was noch an Desideraten da ist. Ich freue mich insofern darauf, wenn wir diese Debatte sachlich führen und noch einmal genau überlegen können, was zu tun ist.

Es gibt in der Tat – es wurde schon genannt – das Landesprogramm „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“, das wir im Rahmen der Haushaltsberatungen deutlich ausgebaut und erweitert haben, wo wir auch einzelne Projekte, die sich dezidiert gegen Antisemitismus wenden – es wurde z. B. die Aufklärungsarbeit angesprochen –, noch einmal gestärkt haben. Ist damit alles in Ordnung? – Nein, auf keinen Fall. Wir wollen dieses Landesprogramm noch auswerten. Auch dafür sind Mittel da, um in den nächsten beiden Jahren ein Monitoring zu betreiben und genau zu gucken, was ausreicht, was nicht ausreicht, wo möglichweise Desiderate sind, wo man nachsteuern muss.

Ich würde in diesem Zusammenhang zwei Fragen erneuern wollen. Mich würde interessieren: Was tut der Senat gerade? Welche Maßnahmen gibt es, aber auch: Welche Überlegungen sind angestellt für die weitere Entwicklung? Gibt es auch Gedanken, was dieses Monitoring angeht, wie man möglicherweise einzelne Problemfelder noch genauer bearbeiten oder einzelne Maßnahmen nachsteuern kann?

Ich würde gern Ihnen die Gelegenheit geben und da auch an Frau Seibeld anknüpfen, genauer darzustellen, was Ihre Wünsche an uns in der Politik sind, wo genau Sie konkrete Maßnahmen sehen, die wir im Lande Berlin auf die Spur bringen, verbessern, vielleicht auswerten müssen. Für eine Antwort wäre ich Ihnen auch sehr dankbar. – vielen Dank!

Vorsitzender Hakan Taş: Frau Korte, bitte!

Karin Korte (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich möchte mich ganz herzlich bei Ihnen für Ihre Ausführungen bedanken, die, denke ich, uns allen sehr zu denken geben, obwohl wir vieles schon vorher wussten. Vielen Dank dafür!

Die Frage, die ich jetzt stelle, ist schon mehrfach gestellt worden, aber ich möchte es trotzdem gerne noch einmal tun. Mehrere von Ihnen – Frau Chernivsky und auch Herrr Hizarci – haben gesagt, dass es wichtig ist, dass Strukturen geschaffen werden, dass Koordination in den Bereichen Bildung, Beratung, Begegnung nötig ist. Frau Rosenstein sagte, es könne aber nicht nur die Aufgabe des Staates sein, für Bildung, Beratung und Begegnung und für den Bereich Antisemitismus zuständig zu sein. Darum meine Frage, ganz konkret: Haben Sie Vorschläge an uns, was wir mit auf den Weg bringen können?

Dann habe ich noch eine Frage an Staatssekretärin Chebli. Ende letzten Jahres ist der Berliner Arbeitskreis gegen Antisemitismus gegründet worden. Ich wüsste jetzt gerne, wer die Mitglieder dieses Arbeitskreises sind, was Sie sich vorgenommen haben, dort zu bearbeiten und

zu besprechen, ob es zeitliche Vorgaben gibt, bis was entschieden ist. Gibt es in Ihrer Senatsverwaltung auch Erfahrungen mit anderen Großstädten in Deutschland, wo es vielleicht Antisemitismusbeauftragte gibt, wo aber vielleicht auch andere Wege gegangen werden?

Vorsitzender Hakan Taş: Herr Buchholz, bitte!

Christian Buchholz (AfD): Auch von mir noch einmal herzlichen Dank an die Anzuhörenden für Ihre Vorträge. Ich möchte, dass Sie auf jeden Fall mitnehmen, dass sich auch die AfD ohne Wenn und Aber zum Schutz der Jüdischen Gemeinde hier bekennt und dass wir uns auch konkret dafür einsetzen. Ich möchte Ihnen dafür ein Beispiel nennen und das auch gleich mit einer Frage verbinden, und zwar die Frage zuerst. Herr Königsberg hatte es gesagt und uns hier auch schriftlich gegeben, ich glaube, Frau Chernivsky hat es auch erwähnt, dass Sie darum bitten, dass die Stadt Berlin der BDS oder den Vereinen, die zum Boykott Israels aufrufen, keine Räumlichkeiten oder Geld zur Verfügung stellen. Meine Frage dazu: Ist das jetzt eine Befürchtung von Ihnen, dass es in der Zukunft passieren könnte? Oder ist das schon konkret passiert und der Fall? Für beide Fälle würde ich Sie bitten, zu nennen, wo und in welcher Form das geschehen ist oder Sie befürchten, dass es geschehen würde.

Noch kurz zu unserem konkreten Teil: In der „tz München“ steht, dass im Münchner Eine-Welt-Haus antiisraelische Gruppen aufgetreten sind, unter anderem die BDS. Ich habe genau aus diesem Grund, damit nicht antiisraelische Veranstaltungen dort stattfinden können, gegen die Finanzierung des Eine-Welt-Hauses in Berlin gestimmt und das auch im Ausschuss und im Plenum so mehrfach gesagt. Das ist jetzt der zweite Teil der Frage. Haben Sie die Befürchtung, falls es mit dem ersten Teil nicht schon beantwortet würde, dass eben im Eine-Welt-Haus Berlin auch so etwas geschehen könnte? – Danke!

Vorsitzender Hakan Taş: Herr Seerig, bitte!

Thomas Seerig (FDP): Vielen Dank! Auch von mir natürlich der Dank. – Ich möchte eine Frage, die von dem einen oder anderen in der Tendenz schon gestellt wurde, noch einmal klar fokussieren. Gerade die Vertreter der Koalition hatten ja dargestellt, dass in dem Bereich schon einiges an Strukturen vorhanden ist. Was ist aus Ihrer Sicht notwendig bei der Einrichtung eines Antisemitismusbeauftragten, damit es nicht nur eine weitere Beauftragtenstelle ist? Wir haben Strukturen, die offensichtlich bisher nicht die Wirkung zeitigen, die man sich davon verspricht. Das heißt, was wäre für eine solche Stelle notwendig? Das Zweite ist die Frage: Wo sollte aus Ihrer Sicht eine solche Stelle angesiedelt sein: beim Senat, beim Abgeordnetenhaus, völlig unabhängig? – Vielen Dank!

Vorsitzender Hakan Taş: Jetzt kommt Frau Breitenbach. Vielleicht können Sie die Möglichkeit nutzen, die an die Senatsverwaltung gestellten Fragen zu beantworten. – Bitte, Frau Breitenbach!

Senatorin Elke Breitenbach (SenIAS): Vielen Dank! – Herr Vorsitzender! Das hätte ich sowieso gemacht, ich will nur ein paar einleitende Worte sagen. Ich bedanke mich auch bei Ihnen, dass Sie mit Ihren Ausführungen deutlich gemacht haben, dass Antisemitismus ein Problem in allen Lebensbereichen ist, auch ein Problem aller Schichten, und zwar unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Alter. Das zeigt auch, dass wir genauso gut wie alle Abgeordneten hier eine besondere Verantwortung in allen Ausschüssen haben. Ich finde so und so,

dass wir in deutschen Parlamenten jeglicher Art eine ganz besondere Verantwortung haben, die aus der deutschen Geschichte resultiert. Deshalb ist es besonders dramatisch, dass wir seit Jahren eine Zunahme von Antisemitismus in diesem Land erleben. Das heißt auch, es haben nicht alle aus dieser Geschichte gelernt.

Nichtsdestotrotz: Wenn wir hier in den einzelnen Ausschüssen über das Thema Antisemitismus reden, wenn wir uns überlegen, welche Maßnahmen wir einleiten können, wo wir zu wenig machen, wo umgesteuert werden muss, gibt es natürlich immer eine Senatsverwaltung, die eine Federführung hat. Das heißt aber nicht, dass allein diese Senatsverwaltung dafür zuständig ist. Aber sie ist die Senatsverwaltung, die erst einmal Sachen initiiert und dann in den Senat reinträgt und abstimmt.

Wir haben seit vielen Jahren, ich glaube, seit dem Anfang der Zweitausenderjahre, das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Das wurde vorhin schon angesprochen. Das war früher – das heißt, in der letzten Legislaturperiode – im Bereich Integration angesiedelt. Das ist dann rübergegangen zur Justizverwaltung, wo schon die LADS war. Deshalb würde ich jetzt darum bitten, dass die LADS die Fragen beantwortet, die an sie gestellt wurden, was sie alles machen, und dann Frau Chebli etwas zu dem von ihr initiierten Arbeitskreis sagt und zu einer bevorstehenden Debatte im Senat. Auch der Senat nimmt sich dieses Themas immer wieder an. Da wird im Moment wieder etwas vorbereitet. Auch da kann Frau Chebli Auskunft geben.

Vorsitzender Hakan Taş: Frau Ünsal, bitte!

Eren Ünsal (SenJustVA; LADS): Auch ich bedanke mich ganz herzlich für die Möglichkeit, mit Ihnen hier in den Austausch zum Thema Prävention und Bekämpfung von Antisemitismus zu treten. Wir wurden freundlicherweise als die zentrale Stelle zur Bekämpfung von Antisemitismus benannt. Ganz wichtig ist mir, noch einmal zu wiederholen, was Senatorin Breitenbach gesagt hat: Wenn wir wirksam arbeiten können bzw. das tun, dann können wir das nur im Zusammenspiel mit vielen Verwaltungseinheiten, die sich ganz aktiv in diesem Themenfeld bewegen. Das sind nicht zuletzt die Abteilung Integration, die Landeskommission Berlin gegen Gewalt, die Polizei natürlich, die Bildungsverwaltung – da wurde die Antidiskriminierungsbeauftragte schon genannt – und nicht zuletzt die Senatskanzlei, die in der Frage jetzt eine ganz zentrale Rolle eingenommen hat.

Die Bedeutung des Themas wurde, glaube ich, sehr eindrucksvoll und fundiert dargestellt. Ich kann Ihnen versichern, dass dem Thema bei der Landesantidiskriminierungsstelle genau diese Bedeutung beigemessen wird, und das seit dem Bestehen der LADS. Wir verstehen uns auch als Stelle, die die Problemdimension stetig beobachtet und mit unseren Programmen und Maßnahmen auf gesellschaftliche Entwicklungen reagiert. Das tun wir gemeinsam in einem aktiven Austausch mit der Zivilgesellschaft und mit dem Thema befassten anderen Verwaltungseinheiten. Unter anderem gibt es da schon seit vielen Jahren das Berliner Beratungsnetzwerk, in dem Expertinnen und Experten aus Verwaltung, Zivilgesellschaft und anderer gesellschaftlicher Bereiche zusammensitzen, um in diesem Austausch Maßnahmen zu konzipieren oder eine Art Steuerungs- und Koordinierungsfunktion auszuüben. Wichtigstes Instrument bei der LADS zur Bekämpfung von Antisemitismus und insbesondere natürlich der Entfaltung von Präventionsmaßnahmen, das wurde schon ganz häufig gesagt, ist das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus. Das Landesprogramm gibt es

seit 2001 bzw. jetzt auch mit Haushaltsmitteln seit 2002. Dazu wollen wir gleich zwei, drei Sätze mehr oder detaillierter sagen.

Wichtig ist mir aber auch zu betonen, dass das nicht das Einzige ist, was in dem Zusammenhang in der LADS an Maßnahmen zu sehen ist. Uns ist auch wichtig, dass Menschen, die Diskriminierung aufgrund der Religionszugehörigkeit erleben, gute Begleitung und Beratung bekommen können. Das heißt, wir halten Beratungsmöglichkeiten vor. Wir legen einen Schwerpunkt auf die Sensibilisierung oder Diversity-Sensibilisierung von Menschen aus Zivilgesellschaft und Verwaltung im Umgang mit Menschen unterschiedlicher Religionszugehörigkeit. In dem Zusammenhang ist die LADS-Akademie zu sehen. Wir haben mit sehr positivem Feedback dort gezielt Diversity-Trainings zur sogenannten Diskriminierungsdimension Religionszugehörigkeit durchgeführt. Sie wurden und werden stark nachgefragt, überhaupt die gesellschaftliche Sensibilisierung. Das wurde in den Anhörungen jetzt deutlich, dass es um die Frage geht, wie Antisemitismus überhaupt gesehen, wahrgenommen und ob er ernst genommen wird. Der Bedarf an gesamtgesellschaftlicher Sensibilisierung wurde artikuliert. Deswegen versuchen wir, das auch im Rahmen unserer verschiedenen Kampagnen aufzugreifen. Und nicht zuletzt im Rahmen unseres Landesprogramms Diversity, das darauf zielt, die Diversity-Kompetenz in der Berliner Verwaltung zu verstärken, ist die Dimension Religionszugehörigkeit und die damit verbundenen Anfeindungen ein Thema.

Vielleicht ist auch wichtig zu sehen, dass wir im Landesprogramm, insbesondere aber auch in anderen Bereichen, das Glück hatten, in den vergangenen Jahren mit einem wachsenden Fördervolumen weitere Projekte unterstützen oder unsere Aktivitäten in diesem Zusammenhang ausweiten zu können.

Wir hatten den Eindruck, dass wir in Berlin, anders vielleicht als in anderen Ländern, eine sehr gut ausgebaute Infrastruktur haben und auch das Hand-in-Hand-Arbeiten der unterschiedlichen Akteure sehr gut funktioniert und wir in der Lage sind, wirksame Maßnahmen zu entfalten. Natürlich hören wir sehr aufmerksam zu und sind gespannt auf die weiteren Gespräche bzw. den weiteren Austausch in dem Zusammenhang. Wenn wir noch drei Minuten haben können, würde ich gerne Herrn Korgel das Wort geben, um ein paar Projekte aus dem Programm näher vorzustellen.

Vorsitzender Hakan Taş: Bitte, Herr Korgel!

Lorenz Korgel (SenJustVA; LADS): Vielen Dank! – Ich hatte schon in der letzten Ausschusssitzung, die sich mit dem Thema Antisemitismus befasst hat, hier die Gelegenheit, das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus vorzustellen und auf einzelne Maßnahmen einzugehen. Deswegen hier nur noch einmal ein skizzenhafter Überblick über die Dinge, die wir tun. Es wurde auch danach gefragt, an welche Weiterentwicklungsschritte wir denken; dazu auch noch kurze Ausführungen.

Ich hatte dargestellt, dass wir unter dem Stichwort Kompetenzen in der Auseinandersetzung mit Antisemitismus stärken verschiedene Bildungsträger in Berlin bereits fördern. KIgA ist heute hier, das Jüdische Forum, aber auch die Amadeu-Antonio-Stiftung, das Anne-Frank-Zentrum, der Verein Gesicht zeigen haben in unterschiedlichen Formaten Bildungsangebote, aber auch Beratungs- und Begleitungsangebote für alle Gruppierungen und alle Institutionen in der Berliner Stadtgesellschaft. Das ist die Gesamtgesellschaft, an die sich diese Maßnah-

men richten. Ich kann empfehlen, einen Blick auf das Portal demokratie-vielfalt-respekt.de zu werfen, wo wir alle diese Maßnahmen übersichtlich für pädagogische Fachkräfte aufbereiten. Wir sind noch dabei, das weiterzuentwickeln. Das ist ein relativ neues Portal, aber das ist sozusagen eine Anlaufstelle, eine Plattform im Internet, wo sich alle informieren können, was im pädagogischen Bereich zum Thema Antisemitismusprävention in Berlin läuft.

Gleichsam habe ich in der Ausschusssitzung dargestellt, dass wir unter dem Stichwort Antisemitismus sichtbar machen zuvorderst die Meldestelle RIAS fördern, die auch für Personen, die den Weg zu Polizei scheuen, aber insgesamt für alle Menschen, die von Antisemitismus betroffen sind, eine anonymisierte Anlaufstelle zur Meldung antisemitischer Vorfälle darstellt. Diese Stelle gilt deutschlandweit, denke ich, als vorbildlich und wird auch schon in anderen Landesteilen der Bundesrepublik erprobt.

Es wurde gefragt, was wir vielleicht noch verstärken wollen, denn keine Prävention, kein Präventionsansatz ist nicht so gut, dass man ihn nicht noch verbessern könnte. Auch in Berlin können wir noch vieles ausbauen und verbessern. Wir wollen durchaus das Thema Antisemitismus in der Breite noch besser erfassen. Wir möchten dafür ein Instrument nutzen, das uns jetzt mit dem neuen Haushalt ermöglicht wird, nämlich mit dem sogenannten Berlin-Monitor, der in Berlin im Abstand von zwei Jahren jeweils erheben wird, wie Demokratieakzeptanz, aber auch die Einstellung in der Berliner Bevölkerung zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und auch dezidiert zu Antisemitismus ist, wie wir das erheben können. In dem Zusammenhang versprechen wir uns neue Erkenntnisse, die wir dann in die Prävention einspeisen können. Hier wird es ein verbessertes Instrumentarium auf der Einstellungsmessungsebene geben, dass das Monitoring, wie es von RIAS, aber auch von anderen Monitoringstellen in Berlin getätigt wird, ergänzen – nicht ersetzen – wird.

Dann wurde schon erwähnt, dass der Berliner Senat mit dem neuen Haushalt eine Praxisstelle Bildung und Beratung bei der KIgA einrichten wird. Hier laufen die konzeptionellen Planungen. Damit wird es sicherlich möglich sein, gerade im schulischen Bereich eine Bündelung von Maßnahmen vorzunehmen und vielleicht mit einem etwas breiten Ansatz den Bedarfen in den Schulen in der bei der Antisemitismusprävention nachzukommen.

Schließlich sind wir immer dabei, die Antidiskriminierungsberatungsstrukturen und -anlaufstellen auch zum Thema Antisemitismus weiterzuentwickeln. Wir beziehen die ZWST in unsere Beratungsstrukturen, unser Beratungsnetzwerk ein. Wir wünschen und hoffen auch auf eine vertiefte Kooperation, gerade mit der ZWST, die jetzt mit dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ ein neues Programm in diesem Bereich auch für Berlin anbietet, was wir sehr begrüßen und wo wir uns auch aktiv einbringen möchten, dieses Projekt in Berlin zu unterstützen. – Vielleicht so viel, danke schön!

Vorsitzender Hakan Taş: So, Frau Ünsal, zwei Sätze noch.

Eren Ünsal (SenJustVA; LADS): Zwei Sätze zum Abschluss. Ein bisschen Eigenlob darf vielleicht sein, bzw. es ist eigentlich kein Eigenlob, sondern eine Bewertung im Bericht der unabhängigen Expertenkommission bzw. des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus des Deutschen Bundestages, wonach das Berliner Landesprogramm und seine Projekte ein innovatives Kompetenzzentrum mit bundesweiter Ausstrahlung im Handlungsfeld Antisemitismus sind. Darüber haben wir uns natürlich außerordentlich gefreut. – Vielen Dank noch einmal!

Vorsitzender Hakan Taş: Ich darf an der Stelle Herrn Staatssekretär Fischer ganz herzlich begrüßen, der beim Rat der Bürgermeister war. – Frau Chebli! Jetzt haben Sie das Wort.

Staatssekretärin Sawsan Chebli (SKzl): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank an die Experten, die heute hier vorgetragen haben. Ich finde, zunächst einmal kann man sagen, dass es gut ist, dass wir über Antisemitismus reden und dass wir in diesen Zeiten so intensiv über Antisemitismus reden, nicht nur wir hier, sondern auch im Bundestag ist es ein Thema. Aufmerksamkeit ist in diesen Zeiten ein sehr hohes Gut. Ich selbst betrachte es als eine meiner Kernaufgaben, die zivilgesellschaftlichen Kräfte in der Stadt zu bündeln. Wenn wir über zivilgesellschaftliche Kräfte sprechen, dann sprechen wir auch über Demokratie und Demokratie stärken und Demokratie verteidigen. In dem Zusammenhang spielt natürlich das Thema Antisemitismus eine zentrale Rolle, weil Antisemitismus eine der größten Bedrohungen für unsere Demokratie ist.

Aus diesem Grund habe ich im vergangenen Jahr im November den Arbeitskreis Antisemitismus ins Leben gerufen. Ich bin froh, dass zwei der Mitglieder des Kreises hier auch als Experten zur Verfügung stehen, was mich in meiner Überzeugung bestätigt, dass wir den richtigen Ansatz gewählt haben. Unter anderen haben Herr Königsberg und Herr Hizarci an der ersten Sitzung teilgenommen – nein, Herr Königsberg hat an der ersten Sitzung nicht teilgenommen. Heute um 13.30 Uhr findet die zweite Sitzung des Arbeitskreises Antisemitismus statt. Soweit ich die Anmeldeliste gesehen habe, werden beide heute dabeisein.

Das führt mich zu den Fragen, die an mich konkret gestellt wurden zu dem Arbeitskreis. Was ist der Arbeitskreis? Was macht er? Wer ist da vertreten? – Ich finde, zunächst einmal, das, was die Kolleginnen und Kollegen und Senatorin Breitenbach gesagt haben, wir sind in Berlin sehr gut, was Präventionsarbeit angeht. Wenn man das mit anderen Bundesländern vergleicht, dann können wir schon stolz sein auf die vielen Initiativen, aber auch auf die Arbeit des Senats bei dem Thema. Wir haben die LADS, wir haben die Bildungsverwaltung, wir haben die Landeskommission, die sich mit dem Thema auseinandersetzen und sehr intensiv auseinandersetzen und ich finde, auch hervorragende Arbeit geleistet haben. Deswegen könnte man sagen: Wozu braucht man dann noch einen Arbeitskreis Antisemitismus? – Aber ich finde es wichtig. Was ich mich gefragt habe als jemand, der neu im Senat bzw. seit einem Jahr dabei ist: Wie kann man diese ganzen Maßnahmen eigentlich bündeln? Wie kann man einen Überblick darüber haben, was denn so alles getan wird? Denn es hängt ja schon im Raum, dass wir zu wenig tun.

Wenn man sich die mediale Debatte anschaut, ist auch meistens der Tenor, wir tun alle viel zu wenig. Und der Antisemitismus soll sich auch mit der Frage beschäftigen: Wo stehen wir? Was wird getan, um Antisemitismus zu bekämpfen? Wie wirksam sind die Maßnahmen, die wir haben? Brauchen wir eine neue Strategie? Wie können wir die Kräfte im Kampf gegen Antisemitismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bündeln? Und wie gewinnen wir neue Mitstreiter für die Aufgabe, die nicht nur die Betroffenen angeht, sondern alle? Das sind die Fragen, mit denen wir uns im AK Antisemitismus beschäftigen wollen. Heute Nachmittag ist, wie gesagt, die zweite Sitzung. Heute ist Schwerpunkt der Sitzung das Thema Bildung. Wir werden über Curricula sprechen, über die Kooperation der Schulen mit außerschulischen Partnern, über Lehrerfortbildung und andere Themen, die alle auf ein Ziel ausgerichtet sind, dass die Schule als eine Säule unserer Demokratie gestärkt wird. Wir werden aber auch über das Selbstverständnis des AK sprechen. Auch dazu gab es hier und da

die Diskussion: Warum wurden gerade diese Mitglieder ausgewählt? Ehrlich gesagt, als ich mich hingesetzt und über den AK nachgedacht habe, habe ich geschaut, dass es ein Querschnitt ist aus verschiedenen Bereichen, und zwar Verwaltung, Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Bildung, pädagogische Praxis, jüdische Organisationen, und habe von vorneherein gesagt, es ist kein starrer Mitgliedskreis, sondern wir werden punktuell auch Mitglieder hinzu einladen, die uns Input geben können. Es ist ein Beginn, ein guter Beginn, finde ich. Jetzt geht es darum, das Ganze in der nächsten Zeit, um es ein bisschen offener zu lassen, mit Leben zu füllen.

Ein, zwei Sätze zum Antisemitismusbeauftragten: Da sich der Arbeitskreis mit Maßnahmen im Kampf gegen Antisemitismus beschäftigen und die Frage beantworten soll, was eigentlich die besten Maßnahmen gegen Antisemitismus sind, stellt sich auch die Frage, welche Rolle da ein Antisemitismusbeauftragter spielen kann. Deswegen würde ich jetzt von Senatsseite – und der Senat wird sich auch in den nächsten Wochen damit intensiv auseinandersetzen – nichts vorwegnehmen, sondern die Diskussion im Arbeitskreis starten lassen. Wenn das ein Ergebnis sein sollte, zu dem wir kommen, dass ein Antisemitismusbeauftragter die stärkste Maßnahme oder die beste oder eine wichtige, zentrale, eine notwendige Maßnahme ist, dann wird man schauen, wie man das umsetzt. Aber ich möchte das Pferd ungern von hinten aufzäumen, sondern generell den Arbeitskreis so gestalten, dass wir offen und ehrlich und ohne Scheuklappen über diese Fragen reden. Das ist, glaube ich, der Benefit dieses Arbeitskreises, dass es ein sehr vertraulicher Kreis ist, der sich mit einem so sensiblen Thema dann auch beschäftigt. – Danke!

Vorsitzender Hakan Taş: Bevor wir mit der Beantwortung der Fragen anfangen, muss ich Ihnen mitteilen, dass uns Frau Chebli wegen eines anderen wichtigen Termins ca. 12.20 Uhr verlassen wird. Nach der Beantwortung der Fragen können wir vielleicht nur kurze Nachfragen noch stellen, weil wir schon 11.45 Uhr haben – wenn Sie damit einverstanden sind. Jetzt sind Sie aber an der Reihe. – Frau Chernivsky, bitte!

Marina Chernivsky (Kompetenzzentrum Prävention und Empowerment): Es gab tatsächlich sehr viele Fragen. Ich habe hier volle Blätter. Ich versuche mich darauf zu beziehen, was ich am besten kann. Es geht um Bildung und um das Verständnis von Prävention. Es gab auch eine sehr konkrete Frage, was wir aus unserer Expertise, aus unserer Erfahrung der Politik sagen können, was unsere Empfehlungen sind. – Erst mal vorweg: Antisemitismus ist resistent gegenüber Aufklärung. Das wissen wir aus Studien, aus Erfahrungen. Vereinzelte Maßnahmen unter dem Stichwort Aufklärung oder sporadische Fortbildungen helfen da nicht. Das ist wichtig, das ist okay, das ist gut, aber weit kommen wir nicht mit diesen sporadischen, vereinzelten, spontanen Maßnahmen, die fast immer am Rande eines Curriculums, wenn überhaupt, stattfinden. Punkt Nummer eins.

Punkt Nummer zwei: Wir können Taten sanktionieren, wir können schlecht Einstellungen verbieten, die leben und gedeihen weiterhin. Diese Überlegungen führen mich zu der Empfehlung, Formate zu entwickeln, die wir bereits seit vielen Jahren umsetzen, die über die Aufklärung hinaus, über die Wissensvermittlung hinaus diesem Thema entgegenwirken können. Wir brauchen Formate und Ansätze, die sich Emotionen, Widerstände, Abwehrreflexe genau angucken, dem auch Raum geben. Wir brauchen Strategien, pädagogische Strategien, die über einen längeren Zeitraum ausgerichtet sind. Wir brauchen Fortbildungen, Weiterbildungen und Beratungen, die einem Organisationsentwicklungsprozess ähneln, wenn wir gerade an Schu-

len sind. Wir sollten nicht dorthin kommen mit vereinzelten Angeboten, die vielleicht wahrgenommen werden, vielleicht nicht. Wir fangen hier etwas spät an, eigentlich geht es um die Ausbildung von Fachkräften und Pädagogen und von all denen, die mit Jugendlichen arbeiten oder überhaupt Werte vermitteln. Die Stärkung, die Entwicklung der Diskriminierungskritik insgesamt und des Verständnisses ist nicht Teil der Ausbildung oder nicht ausreichend Teil der Ausbildung, geschweige denn die Behandlung von Antisemitismus und Rassismus als gesellschaftliche und historische Phänomene. Es muss ins Curriculum rein, in welcher Form auch immer, nicht nur im Kontext der Geschichte, nicht nur im Kontext des Nahostkonfliktes oder anderer Konflikte, sondern als ein immanenter Bestandteil unseres Denkens, als ein immanenter Bestandteil unserer sozialen und kulturellen Prägung.

Wir haben dazu Formate entwickelt. Sie funktionieren. Seit zwölf Jahren sind wir an Schulen. Wir sind bundesweit aktiv. In Berlin sind wir seit 2015. Das ist vielleicht der Grund, dass wir hier nicht von allen wahrgenommen werden. Und wir beziehen auch keine Fördergelder aus dem Landesprogramm, sind sozusagen nicht Teil der Berliner Szene. Aber wir arbeiten in Berlin, und ich möchte das gerne hier auch hervorheben.

Wenn wir an Prävention denken, ist konkret aus dem Bericht und aus unserer Erfahrung erkennbar: Prävention muss breiter verstanden werden als Fortbildung, Weiterbildung, Beratung, Organisationsentwicklung mit einer sehr wichtigen Schnittstelle zu Intervention. Es gibt eine Trennung präventiv-pädagogische Maßnahmen oder auch Intervention, die meist zusammenlaufen, insbesondere wenn wir an die letzten Vorfälle denken. Auch den in Friedenau haben wir ein Stück weit begleitet und stehen bis heute mit der Familie in Kontakt. Es gibt an dieser Schule wie an vielen anderen Schulen andere Probleme und Rassismen und andere Phänomene. Der Antisemitismus kommt niemals allein. Das ist immer ein Bestandteil von anderen Abwertungsphänomenen. So müssen sie auch bearbeitbar sein und bearbeitet werden.

Wir sind jetzt an einer Schule, übrigens in einer Kooperation mit einer wunderbaren Kollegin und Bildungsbeauftragten der Antidiskriminierungsstelle, Frau Saraya Gomis, die eine unglaublich wichtige Arbeit leistet, mit der wir auch in engem Kontakt stehen. Auch dort bieten wir nicht nur explizit etwas zum Thema Antisemitismus, sondern wir versuchen mit Kolleginnen und Kollegen über Rassismus und Diskriminierung insgesamt ins Gespräch zu kommen und zu schauen, an welchen Stellen es mit ihren eigenen Haltungen und Vorstellungen aufs Engste verbunden ist, und welche Erfolge sie haben, aber auch wo es zum Teil auch scheitert, weil der Antisemitismus immer stärker dort wird, wo insgesamt das Klima nicht stimmt und jegliche andere Form von Diskriminierung nicht nur nicht wahrgenommen, sondern einfach nicht bearbeitet oder sogar bestätigt oder entschuldigt wird.

Noch zwei letzte Punkte: Die Arbeit gegen Antisemitismus soll nicht nur als Reflex auf die Geschichte verstanden werden. Das ist nämlich etwas, was viele Adressatinnen und Adressaten unserer Maßnahmen immer beklagen. Es wird oftmals gesagt, wir müssen gegen Antisemitismus etwas tun, nur oder fast ausschließlich nur, weil es in diesem Land zum Völkermord gekommen ist unter anderem aufgrund antisemitischer Ideologie. Der Antisemitismus darf nicht schwerer wiegen oder mehr sein als andere Formen der Ungleichwertigkeit. Das nehmen auch Jugendliche sehr genau wahr, wenn ihnen gesagt wird – wie jetzt im Wedding bei der Vollversammlung –, auf unseren deutschen Straßen hat der Antisemitismus keinen Platz, wir müssen etwas dagegen tun, und 97 Prozent der Anwesenden haben einen anderen Bezug dazu, zu deutschen Straßen, auch zur deutschen Geschichte und werden auch jeden Tag selbst

auf dem Weg zur Schule, aber auch in der Schule zum Teil auch rassistisch behandelt und ihre Erfahrungen stehen nicht im Fokus. Das heißt, wir können dem Antisemitismus nicht entgegenwirken, wenn wir Diskriminierungserfahrungen von denjenigen, die vielleicht Antisemitismus u. a. hegen, nicht Raum geben.

Auch deshalb müssen wir Programme schaffen, die den Antisemitismus explizit einbeziehen, weil wir eine lange Tradition haben, die den Antisemitismus in der Bildung unsichtbar gemacht hat als eine Spielart von Rassismus, als ein geschichtliches Phänomen. Das ist mir ganz wichtig zu betonen. Wir müssen aber auch Programme schaffen, die dieser expliziten Benennung und Bearbeitung, auch anderen Mustern und gemeinsamen Grundlagen wie Umgang mit Fremden, mit Stereotypen insgesamt, Umgang mit Vorurteilen Rechnung trägt, Antisemitismus explizit, aber trotzdem in Verknüpfung zu anderen Phänomenen und Problemen, die es insbesondere an Schulen sehr wohl gibt.

Was den Antisemitismusbeauftragten oder eine Beauftragte – das ist ganz wichtig, da wir immer die männliche Sprache wählen – angeht: Ich glaube, vorab muss geklärt werden, welche Rolle der Antisemitismus aktuell im Rahmen anderer Strukturen und Projekte und Programme spielt. Die Fragen sind: Wie viel Raum wird diesem Thema gegeben? Mit welchem Ziel? In welcher Verknüpfung auch zu anderen Themen? Das haben Sie, Frau Chebli, sehr deutlich gemacht, dass es nicht nur so geht, sondern ein breiter Ansatz her muss. Egal, wie es heißt, wir brauchen Personen, Ansprechpartner, Strukturen, die für dieses Thema stehen und Auskunft darüber geben können, was hier passiert. Wir – oder ich – würden uns sehr wünschen, dass diese Strukturen transparenter sind, als sie jetzt sind, für uns zumindest. Das betrifft auch den Arbeitskreis gegen Antisemitismus, der in Berlin ins Leben gerufen wurde. Vielen Dank dafür, dass es diese Gruppe gibt. Aber wir haben uns auch gefragt, wie die Auswahl getroffen wurde, wie die Transparenz über diese Entscheidung ist.

Der Schutz der Betroffenen geht vor, aber an vielen Stellen können wir pädagogisch ansetzen und mit all dem, was getan wird – bitte verstehen Sie das nicht als Kritik! –, gibt es sehr viel noch nicht abgedeckten Bedarf an systemischen, pädagogischen Maßnahmen für Schulen, für andere Bildungseinrichtungen, für Polizei, für Verwaltung, die den Antisemitismus explizit benennen und explizit bearbeiten. Wir haben die Erfahrung gemacht in Thüringen als Teil des Landesprogramms mit langfristig angelegten Modulen und Weiterbildungen für die Verwaltung, für die Polizei, für Schulen, manchmal auch für alle zusammen. Mit diesen Formaten haben wir uns sehr viel Erfahrung erarbeiten können und tragen auch dazu bei, dass diesen Themen – und das ist niemals nur Antisemitismus, sondern eingebettet in den größeren Komplex – Rechnung getragen wird und sie auch sichtbarer gemacht werden. – Danke!

Vorsitzender Hakan Taş: Danke auch! – Herr Hizarci, bitte!

Dervis Hizarci (Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus e. V. – KIgA –): Vielen Dank! – Es ist jetzt ein bisschen schwierig, das Ganze zusammenzufassen. Ich will ein paar Sachen wiedergeben. Ich glaube, die meisten im Raum haben die Fähigkeit, das dann besser einzuordnen, wie ich es vielleicht wiedergebe. Die Forderung nach einem Antisemitismusbeauftragten, die gerade von allen Richtungen kommen, ist sinnvoll. Allerdings sollte jetzt das weitere Vorgehen sinnstiftend sein, damit diese Forderung nicht zu einer Scheinforderung wird und damit das nicht in irgendwelchen Integrationsdebatten und -diskursen missbraucht und somit als Futter verpulvert wird. Eins muss klar sein: Wollen wir Antisemitismus bekämpfen;

oder wollen wir über Integration, über Migration etc. sprechen? Das müssen wir nicht sauber voneinander trennen, aber ich sehe in vielen Beiträgen, vor allen im medialen Diskurs, auch eine Art Nebendebatte oder vielleicht in irgendeiner Form eine Scheindebatte, in der es eine Gefahr gibt, dass Antisemitismus missbraucht werden kann. Davor warne ich, weil Sie gefragt haben, was Sie tun können, vielleicht nicht als Politik als Oberbegriff, sondern als Politiker, als Politikerinnen, als Menschen, diesen Verführungen, diesen Verlockungen widerstehen. Das wäre vielleicht etwas, da ich vorab in meiner Rede gesagt habe, wir plädieren unbedingt für mehr Vernunft und Weitsicht.

Antisemitismus ist keinesfalls eine eindeutige Sache, das zeigt auch, dass die Gegner des Antisemitismus im präventiven Bereich, im pädagogischen, im wissenschaftlichen Bereich sich auch nicht einig sind, sogar das strittig ist. Es gibt gewisse Lager, es gibt Fraktionen, und es ist schwierig auch in Berlin, die Akteure im Bereich der Antisemitismusarbeit zusammenzubringen. Deshalb war die Initiative von Sawsan Chebli so wichtig, auch im Sinn eines Impulses, eines Anfangs. Ich denke, dem muss man ein bisschen Raum zum Wachsen und Luft zum Atmen geben. Deshalb ist es fast schon zu früh, da schon etwas zu erwarten oder zu wünschen, gar Forderungen zu stellen. Das zweite Treffen findet heute erst statt. Beim ersten Treffen hat Sigmount Königsberg gefehlt. Es kann nur werden.

Ich will was zu Schule sagen, weil das mehrmals angesprochen worden ist. Du hast gesagt, Bildung allein löst Probleme nicht, das muss ich sogar als Lehrer sagen. Ich bin hauptberuflich Oberschullehrer. Dennoch möchte ich mir hier nicht ins eigene Knie schießen und Bildung kleinreden. Das Problem bei diesen Debatten ist meiner Meinung nach: Es wird allzu stark nur problematisiert. Probleme benennen müssen wir dürfen, Probleme benennen sollten wir tun, aber wenn wir nur Probleme benennen, und das hat in der Vergangenheit allzu oft stattgefunden, auch in der nahen Vergangenheit, ohne Lösungen mit anzubieten, ohne einen Weg da raus, wenn wir beim Probleme benennen, das auch fokussiert auf bestimmte Gruppen tun, es sehr oft ethnisieren oder es kulturalisierend behandeln, dann bleibt für viele sehr oft nur übrig, es gibt scheinbar hier dafür keine Lösung, dann brauchen wir einen Antisemitismusbeauftragten, der das auch noch einmal bescheinigt. Was machen wir dann mit den Migranten, mit denen, die wir als Migranten identifizieren? Was machen wir mit Muslimen? Es gibt immer wieder einen Umschlag in diese Richtung. Das muss meiner Meinung nach beendet werden, wenn wir erfolgreich Antisemitismus bekämpfen wollen – Marina Chernivsky hat es mehrmals gesagt –, der immer als Paket mit anderen Diskriminierungsformen, mit anderen Erscheinungsformen von Ausgrenzung und Hass kommt –, diese Spirale muss zumindest verlangsamt werden. In den letzten Wochen ist es auch mit der Entscheidung von Trump fast schon zu einem Kreisel geworden.

Ich gebe Ihnen ein paar Beispiele aus der Schule, warum es in der Schule unheimlich schwierig ist, trotz Saraya Gomis, trotz eines sehr bemühten Schulsenats. Viele befreundete Organisationen sagen, so viele Anfragen zum Antisemitismus kommen gar nicht. Wie bewegen wir die Lehrer, denn die Schüler im Klassenkontext rufen bestimmt nicht die KIgA an und sagen, hier ist etwas vorgefallen. Wenn, dann ist es die Entscheidung der Lehrer. Wie gewinnen wir Lehrer dafür? Wenn wir aber in diesen Debatten – und Lehrer lesen auch Zeitung, das hoffe ich zumindest – immer einen Fokus auf bestimmte Sachen legen, problematisierend ohne Lösungsansatz, kommen die Lehrer in die bequeme Position, na ja, das sind Muslimem da kann man nichts machen –, das habe ich auch im Fall von Friedenau gehört. Wir können nicht, während wir irgendwo antimuslimischen Rassismus einfach im Raum stehen lassen, Antise-

mitismus bekämpfen, nicht weil es nicht ethisch wäre, sondern weil es nicht funktioniert. Dann gibt es eine andere Gruppe von Lehrern, das habe ich auch persönlich gehört, die gesagt hat, na ja, auch im Fall von Friedenau: Es ist ein jüdischer Junge, da ist der Aufschrei groß, wir haben Mobbing doch überall. – Da sehen wir auch eine Resistenz, irgendein Nichtverstehen oder Nichtverstehenwollen. Sehr oft gibt es an Schulen ein, zwei engagierte Lehrer, die für solche Vorhaben zu gewinnen sind. Und wenn dieser Lehrer sich zur Aufgabe gemacht hat, ein Umweltprojekt zu machen oder ein Projekt über gesunde Ernährung, hat man sehr oft diese Chance vertan, da was zu machen. Wir haben Möglichkeiten, gleichzeitig aber auch Schwierigkeiten.

Es gibt zwei Ebenen – damit will ich es beenden, meiner Meinung nach verkürzt, aber so viel Zeit haben wir nicht – : Einmal: Wie führen wir diese Debatten gesamtgesellschaftlich, und da machen Sie sich bitte, wenn Sie Probleme benennen, auch die Mühe ein, zwei Lösungsvorschläge mitzugeben. Ansonsten brauchen wir einen solchen Beitrag in der Zeitung nicht. Und die andere Ebene: Im Pädagogischen, im Präventiven können wir natürlich auf Unterschiede aufgrund der unterschiedlichen Erscheinungsformen des Antisemitismus eingehen. Da kann man auch von mir aus ein bisschen kulturalisierend sein, wenn wir sagen, das sind herkunftsstürkische oder -arabische Kinder, die identifizieren sich komischerweise im Pubertätsalter mit dem Islam, wie können wir da Brücken bauen, dann ja, wenn es sinnstiftend ist, dann ja. Wenn es nicht sinnstiftend, wenn es trennend ist, wenn es teilend ist, wenn es nicht zusammenführend ist, dann brauchen wir das nicht. Ich glaube, im Kern ist es das. Ich glaube, Sawsan Chebli als Staatssekretärin für bürgerschaftliches Engagement versucht, Berlinerinnen und Berliner zu erreichen und diese Sache zu einer Haltung, zu einer Tugend zu machen und das zu vermitteln. Da sollte man das unterstützen. Wir wollen das unterstützen jetzt in anderthalb Stunden heute.

Ich bitte Sie, konstruktiver und vernünftiger – ohne sagen zu wollen, dass das nicht der Fall ist, Gott sei Dank ist es größtenteils so – das weiter zu unterstützen, nicht nur diesen Arbeitskreis, aber das Behandeln des Themas Antisemitismus, vor allem weil wir hier Vertreterinnen und Vertreter privat oder in Profession der jüdischen Community haben, auch da wünsche ich mir für 2018 – wir sind noch am Anfang des Jahres – eine Art Öffnung, eine Art Zugehen auf Muslime, auch wenn das bedeutet, dass man über den eigenen Schatten springen muss. – Danke!

Vorsitzender Hakan Taş: Danke auch! – Wenn Sie sich bei der Beantwortung der Fragen vielleicht kurz fassen, haben wir noch die Möglichkeit, kurze Nachfragen zu stellen. – Herr Königsberg, bitte!

Sigmount Königsberg (Antisemitismusbeauftragter der Jüdischen Gemeinde zu Berlin): Ich will mich zunächst auf die Fragen bezüglich BDS beziehen. Im letzten Jahr sind zwei Vorfälle bekannt geworden: einmal an der Humboldt-Universität, wo eine Shoah-Überlebende niedergebrüllt wurde, ein paar Wochen später hat dann der BDS zum Boykott des Berliner Kultursommers aufgefordert, weil eine Teilnehmerin einen Flugkostenzuschuss von der Israelischen Botschaft bekommen hat. In beiden Fällen haben sich – und das ist über Parteigrenzen hinweg – sowohl der Kultursenator, die Berliner CDU-Vorsitzende, Herr Luthe von den Freien Demokraten, Herr Müller eindeutig gegen diese Organisation, gegen diese menschenfeindlichen Machenschaften positioniert. Das ist eines. Gerade angesichts dessen, dass in diesem Jahr der 80. Jahrestag der Pogromnacht ist, wäre es auch ein Zeichen, dass das Land Ber-

lin eine solche Organisation nicht unterstützt und ihr auch keine Räume zur Verfügung stellt. Das ist kein Totschweigen oder Verbieten, sie können in jeden privaten Raum oder über private Medien tun und lassen, was sie wollen, das ist nicht das Thema. Es geht hier darum, dass sich das Land Berlin hier eindeutig positioniert.

Bezüglich des Themas Bildung möchte ich hier zwei Sachen unterscheiden. Es gibt Maßnahmen, die relativ kurzfristig und relativ einfach umsetzbar sind. Sowohl der Zentralrat der Juden als auch die Staatssekretärin für bürgerliches Engagement haben angeregt oder vorgeschlagen, dass KZ-Gedenkstätten verpflichtend besucht werden. Das ist zu unterstützen. Conditio sine qua non, also Grundvoraussetzung ist, dass das ganz sorgfältig vorbereitet, begleitet und nachbereitet wird. Das ist eins. Einfach einen Tagesausflug nach Sachsenhausen oder nach Buchenwald zu machen, das wäre nicht sinnvoll.

Wir haben in Berlin Kompetenzen, wir haben das ZWST-Kompetenzzentrum, haben KIgA. An der FU ist das Projekt Zeugen der Shoah, wo an die Tausend deutschsprachige Zeugen der Shoah Auskunft geben, wie es war. Das kann man abrufen. Das Touro College bietet den Masterstudiengang „Holocaust Communication and Tolerance“ an. Auch hier kann man Kompetenzen abrufen. Die Menschen sind da. Hier ist, glaube ich, mehr erforderlich.

Langfristig – aber das ist nun wirklich ein dickes Brett: Meine Beobachtung ist, viele Pädagoginnen und Pädagogen sind angesichts von Konflikten schlicht und einfach hilflos, sie haben keine Instrumentarien, weil sie es nicht gelernt haben. Man müsste wirklich in die Curricula der Lehrerausbildung grundsätzlich aufnehmen, dass ihnen, bevor sie in die Fachwissensvermittlung reingehen, erst einmal soziale Kompetenzen beigebracht werden, dass sie die Instrumentarien von Prävention, Intervention erlernen. Dass Konflikte dann gelöst werden, wenn sie noch klein sind, ist hier ein ganz wichtiger Punkt. Bloß, das dauert. Neue Lehrpläne für die Universitäten zu erstellen, geht nicht von heute auf morgen. Bis das kreißt, vergeht wohl, auch wenn es schnell geht, realistisch ein Jahrzehnt. Deswegen sollte die Jüdische Gemeinde, wir haben ein Gymnasium, aber wir können zurzeit nicht die Schüler unterrichten, die noch nicht die Gymnasialreife haben, da die Möglichkeit bekommen. – Das in aller Kürze.

Vorsitzender Hakan Taş: Danke sehr! – Frau Rosenstein,bitte!

Mirjam Rosenstein: Ganz viele der Fragen sind schon in Punkten beantwortet und angesprochen. Ich möchte auch auf dieses Thema Bildung und Einordnung von Antisemitismus in andere Formen von Diskriminierung eingehen. Ein Aspekt, der hier noch nicht so zur Sprache gekommen ist, ist das Thema der Form von Antisemitismus, der oft auch Antizionismus und fälschlicherweise dann Israelkritik genannt wird. Da kommen wir an eine Grenze oder an einen Punkt, wo es verschwimmt. Selbstverständlich muss es politisch klar sein, dass eine Kritik an der israelischen Regierung, an Maßnahmen der israelischen Regierung gestattet ist. Das ist auch gewollt. Man muss sich aber trotzdem noch einmal überlegen, dass das immer wieder subsummiert unter dem Begriff „Israelkritik“ wird. Kennen Sie den Begriff „Russlandkritik“, „Chinakritik“ oder „Indienkritik“? Die sind uns allen fremd. Hier ist auch ein ganz sensibler Umgang in der politischen Debatte von Ihnen allen gefordert. Dieses ewige: Das ist nur Israelkritik! – führt zu einer Vermischung dessen, was Antisemitismus ist und was eine Bewertung einer Regierung eines Drittstaates ist. Da kann ich immer wieder nur daran erinnern an die Definition oder die Abgrenzungskriterien, die von Natan Scharanski einmal aufgestellt wurden, dass Antisemitismus da beginnt, wo Dämonisierung, Doppelstandards oder Delegi-

timierung des Staates Israel im Spiel sind. Wenn wir in der Politik, in der politischen Diskussion hier eine saubere Trennung hinbekommen, dies ganz bewusst tun, ist das eben auch einfacher für die vielen Diskussionen, die auf Schulhöfen, auf Bildungseinrichtungen, auf der Straße Berlins zwischen Jugendlichen oder auch Erwachsenen geführt werden, auch ein Stück weit, weil der Nahe Osten durch Migration auch zu uns gekommen ist und dies ein Thema ist, das immer wieder drückt und zerrt. Aber hier müssen wir sehr klar sein. Hier müssen wir auch sehr klar sein, dass eben Antisemitismus eine Form von Diskriminierung ist. Diskriminierung generell, gegen wen sie auch immer geht, weicht die Grundwerte Deutschlands, die wir hier als Essenz der Regeln unseres Zusammenlebens uns allen verpflichten wollen, auf. Da ist meines Erachtens das Vorbild der Politik gefordert.

Da vorhin das Thema BDS-Bewegung kam, das wäre sozusagen ein demonstratives Handeln, sehr klar, ein Statement abzugeben, dass keine Unterstützung, keine Räumlichkeiten an die BDS-Bewegung vergeben werden und man hier ein Exempel statuiert.

Vielleicht noch ein Gedanke, der mir gekommen ist. Frau Senatorin Breitenbach! Sie hatten in Ihren Ausführungen unter anderem gesagt, dass nicht alle aus dieser Geschichte gelernt haben. Ich habe es leider nicht ganz mitgeschrieben oder nicht hören können, weil sie nicht hier geäußert wurden. Für mich ist hier auch ganz klar der Grundsatz: Jeder, der seinen Lebensmittelpunkt in Deutschland hat oder plant, den hierhin zu verlegen, ist der hiesigen Kultur, den hiesigen Werten und Umgangsformen verpflichtet und muss die auch aufnehmen und wollen und können. Das war keine Kritik an Ihrer Aussage, sondern nur noch einmal ein Aufmerksammachen, dass man sich hier bewusst sein muss, auch bewusst in der Frage der Integration, was wir verlangen von den Leuten, die hierherkommen – und was wir nicht verlangen dürfen. Herr Hizarci hat es gesagt, man muss anders damit umgehen, wenn es um Prävention geht, wenn es um Aufklärung oder präventive Aufklärung mit Antisemitismus geht als wenn es um den Umgang mit konkreten Vorfällen geht.

Vorsitzender Hakan Taş: Danke für die ausführlichen Antworten auf die Fragen. – Jetzt haben sich drei Personen gemeldet, die auf der Redeliste stehen. Wenn es geht, keine Statements, nur kurze Nachfragen, damit die Anzuhörenden die Möglichkeit haben, die Fragen zu beantworten. – Frau Seibeld, bitte!

Cornelia Seibeld (CDU): Da muss ich Sie jetzt enttäuschen, Herr Vorsitzender, ich habe schon ein Statement. Aber da wir hier politisch diskutieren, ist es, glaube ich, auch nicht auf Fragen beschränkt. – Frau Chebli hat zum Glück die Kurve noch bekommen. Ich fand bis zu dem Zeitpunkt standen die Ausführungen des Senats, wir machen tolle Arbeit, es ist alles prima, im diametralen Gegensatz zu dem, was uns die Anzuhörenden gesagt haben, weil alle vier gesagt haben, es ist nicht alles prima in Berlin. – Ich fände es gut, wenn wir uns das auch eingestehen würden, dass es eine Gesamtaufgabe für alle Fraktionen ist, die in diesem Haus sitzen, und auch für die gesamte Gesellschaft, aber es ist nicht alles prima, was den Antisemitismus betrifft, davon sind wir ganz weit entfernt. Ich glaube, wir erleben im Moment in Berlin Dinge, die vor zehn Jahren unvorstellbar gewesen wären: von brennenden Israel-Fahnen am Brandenburger Tor über Angriffe auf Rabbiner. Das hätte ich mir persönlich wie die meisten hier im Raum vor zehn Jahren nicht vorstellen können. Da ist es auch in dieser Form nicht passiert. Möglicherweise ist es in anderer Form passiert. In dieser Form ist es jedenfalls nicht passiert. Insofern war mir ein Großteil dessen, was vorhin gesagt wurde, viel zu wenig problemorientiert. Sie haben dann die Kurve noch bekommen und gesagt, wir müssen mal gucken.

Ich habe jetzt verstanden, dass der Arbeitskreis, den Sie eingesetzt haben, quasi evaluiert, was die beste Möglichkeit wäre, damit umzugehen. Damit kann ich jedenfalls für den Moment ganz gut leben. Was ich allerdings nicht verstanden habe, ist nachdem Sie, Frau Senatorin, auch alle anderen, erklärt haben, dass die Antidiskriminierungsbehörde und damit Justiz zuständig sei, warum der Arbeitskreis nicht bei Justiz, sondern bei der Senatskanzlei angesiedelt ist. Darauf kommt es letztlich auch nicht an, weil es eine Formalie ist, aber ganz schlüssig finde ich es persönlich nicht.

Vorsitzender Hakan Taş: Weitere vier Personen sind auf der Redeliste. Wenn Sie damit einverstanden sind, wir haben 12.15 Uhr, würde ich dann die Redeliste erst einmal schließen. Sind Sie damit einverstanden? – Herr Wild, Frau Korte, Herr Buchholz und Frau Kahlefeld sind bisher auf der Liste. Und Frau Chebli muss in drei Minuten gehen. – Herr Wild, bitte!

Andreas Wild (fraktionslos): Sehr geehrte Damen und Herren! Es wundert mich natürlich nicht, dass auf meine Frage nicht eingegangen wurde. Ich hebe natürlich darauf ab, dass der Unterschied von Frankreich zu Deutschland ist, dass Frankreich keine Shoah kennt, sondern dass das eben von Deutschland ausging. Es verwundert doch, dass sich in Frankreich ein Antisemitismus zeigt, der offensichtlich mit der Verfolgung jüdischen Lebens in Deutschland überhaupt nichts zu tun hat. Die Gemeinsamkeit dieses steigenden oder um sich greifenden Antisemitismus ist natürlich die Zunahme muslimischer Kräfte in Frankreich und in Deutschland. Es wundert mich, dass vor dieser Tatsache einfach die Augen verschlossen wird, dass man das nicht sehen möchte. Ich glaube, wenn wir uns die Augen verschließen, werden wir der Lösung dieses Problems nicht näher kommen. Seien Sie ehrlich! Sprechen Sie mit den Leuten in Frankreich, warum sie Frankreich verlassen! Sie verlassen Frankreich nicht deswegen, weil es autochtone Deutsche gibt, die ewig Gestrige sind. Die gibt es natürlich auch. Das ist schon richtig, aber es sind sehr wenige. Sie verlassen Frankreich deswegen, weil der Antisemitismus der muslimischen Bevölkerung um sich greift. – Danke schön!

Vorsitzender Hakan Taş: Da uns Frau Chebli gleich verlassen wird, bekommt sie jetzt die Möglichkeit, kurz zu antworten. – Frau Korte! Sie haben noch direkt an Frau Chebli eine Frage? – Bitte

Karin Korte (SPD): Ja, ich habe noch eine direkte Frage, weil sie eben nicht beantwortet wurde. Ich hatte noch die Frage gestellt, ob es Erfahrungen in anderen Großstädten gibt.

Vorsitzender Hakan Taş: Frau Chebli, bitte!

Staatssekretärin Sawsan Chebli (SKzl): Vielleicht ganz kurz direkt die Antwort auf diese Frage. Ich habe gestern im Kreis der Bevollmächtigten in der A-Runde gefragt, wer alles einen Antisemitismusbeauftragten hat, da hat sich nur Rheinland-Pfalz gemeldet. Da muss man sehen, dass der dort nicht mit Ressourcen ausgestattet ist, sondern das ehrenamtlich macht. Dann haben wir uns abgestimmt, dass wir uns gegenseitig darüber informieren, welche Maßnahmen dort umgesetzt und welche Antworten gegeben werden, um einen Überblick zu haben, wie andere Bundesländer damit umgehen. Aber es ist in der Tat so, dass es sehr vielfältig ist, und es ist nicht immer der Antisemitismusbeauftragte ist – im Gegenteil, wir haben nur ein Bundesland, das einen Antisemitismusbeauftragten hat –, aber hier wollen wir uns da besser informieren wollen und einen Überblick erhalten. Das war mein Anliegen gestern in der Runde.

Zu dem, was Sie gesagt haben, Frau Seibeld, ich habe das Gefühl, dass Sie uns falsch verstanden haben. Ich würde niemals hier rausgehen und verstanden haben wollen, dass der Senat sagt, alles ist gut. Im Gegenteil, der Arbeitskreis Antisemitismus wurde ja gerade vor dem Hintergrund ins Leben gerufen, weil auch wir sehen, es bedarf mehr und richtiger Antworten. Es bedarf vielleicht auch einer Erweiterung dessen, was es bisher gibt – das, was ich gesagt habe. Wir wollen uns damit auseinandersetzen, um zu schauen, deswegen liegt es auch bei mir. Die LADS ist in personam von Herrn Korgel im Arbeitskreis Antisemitismus vertreten, die Bildungsverwaltung ist vertreten, die Justizverwaltung ist vertreten, die Kulturverwaltung. Das ist auch der Anspruch der Senatskanzlei und meiner als Staatssekretärin für bürgerschaftliches Engagement, dass ich die Verwaltungen zu mir einladen kann, um gemeinsam an einem Maßnahmenkatalog und an Strategien im Kampf gegen Antisemitismus zu arbeiten. Ich finde, das, was in den vergangenen Monaten und Jahren in Europa passiert ist, kann uns alle nur in große Sorge versetzen. Deswegen muss es ein Anliegen sein und ist ein Anliegen der Politik, das zeigen auch die gegenwärtigen Debatten, dass wir das als Politik wahnsinnig ernst nehmen. Ich hoffe auch, dass die Bundesregierung die Ergebnisse aus dem Expertengremium jetzt umsetzt. Das wäre unser Wunsch.

Vorsitzender Hakan Taş: Herzlichen Dank an Frau Chebli! – Frau Korte, bitte!

Karin Korte (SPD): Wir haben heute im Lauf dieser Diskussion mehrere Male festgestellt, dass sich Antisemitismus in allen gesellschaftlichen Gruppen, Schichten, egal, welchen Alters und welcher Herkunft findet, dass das ein gesamtgesellschaftliches Problem ist. In diesem Zusammenhang muss ich wirklich sagen, Herr Wild, bin ich entsetzt, wenn Sie von „muslimische(n) Kräfte(n)“ sprechen – wer soll das denn sein, muslimische Kräfte? was soll das sein? –, die dazu führten, dass Menschen sich bedroht fühlten und unser Land verlassen? Ich finde das im höchsten Maße populistisch und diskriminierend.

Vorsitzender Hakan Taş: Herr Buchholz, bitte!

Christian Buchholz (AfD): Ich würde gerne meine Frage wiederholen, weil das ein bisschen untergegangen ist. Wo glauben Sie oder wo befürchten Sie, dass BDS oder BDS-nahe Organisationen in Berlin mit Geld oder mit der Bereitstellung von Räumlichkeiten unterstützt werden, oder wo ist das, wenn, schon passiert? Um so etwas zu verhindern, hätten Sie uns auf Ihrer Seite.

Vorsitzender Hakan Taş: Frau Kahlefeld, bitte!

Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE): Vielen Dank! – Ich wollte es eigentlich nicht tun, aber ich bringe jetzt doch die Zahlen. Die Antwort auf eine Anfrage im August 2017 macht ganz deutlich, wo das Antisemitismusproblem hier zahlenmäßig liegt. 92 Prozent der Taten haben einen rechtsextremistischen Hintergrund, 339 Tatverdächtige sind Deutsche. Das sind fast alle. Alle anderen Nationalitäten kommen mit 1, 2 oder 8 Personen vor. Selbst wenn man davon ausgeht, dass die Polizei die eine oder andere Straftat nicht richtig zugeordnet hat, was immer passiert, wird da keine große Verschiebung zu erwarten sein. Vor diesem Hintergrund sind das, was Sie gesagt haben, schlicht Fake-News und Hetze. Und es ist genau das Spalten, das nicht stattfinden soll, worum die Anzuhörenden hier auch gebeten haben, dass das in ihrem und unser aller Interesse nicht passiert, gerade wenn wir uns gegen Antisemitismus stellen.

Ich habe eine konkrete Frage an Sie: Es gibt in Neukölln das Modellprojekt, das bei Life e.V. läuft, die Leiterin ist Aliyeh Yegane von der Beschwerdestelle. Es gab in der letzten Legislaturperiode diese sehr gute Initiative vom BQN-Netzwerk. Ich wollte Sie nach dem Instrument Beschwerdestelle an Schulen fragen. Wie schätzen Sie das ein? Wir haben das als Fraktion sehr unterstützt und würden gerne auch in diese Richtung gehen, gerade vor dem Hintergrund, was Sie sagten, es muss auch Sanktionen geben, da Bildung sehr wichtig ist. Aber das allein reicht nicht. Da wäre eine solche Beschwerdestelle vielleicht ein Element, das beides verbindet, sowohl das Bewusstsein zu schaffen als auch zu zeigen, es gibt Konsequenzen, wenn das an der Schule passiert.

Vorsitzender Hakan Taş: Herzlichen Dank, Frau Kahlefeld! – Jetzt haben Sie die Möglichkeit, jeweils eine Minute lang die noch offenen Fragen zu beantworten. Ich hoffe, die Zeit wird ausreichen. – Bitte sehr!

Marina Chernivsky (Kompetenzzentrum Prävention und Empowerment): Ich wollte gleich auf Ihre Frage antworten. Ich finde, dass die Wahrnehmung und Problematisierung von Diskriminierungen insgesamt an Schulen ein sehr wichtiges Ziel sein soll. So eine Beschwerdestelle oder andere ähnliche Maßnahmen können auch Jugendlichen zeigen, dass das, was sie erleben, nicht unbeantwortet bleibt, dass es Schutz gibt und dass jede Spannung oder jeder gruppenbezogene Konflikt – davon haben wir viele, gerade die, die sehr ethnisiert und politisiert werden. Das ist eine sehr wichtige Strategie. Die würde ich persönlich sehr unterstützen.

Beim Thema Antisemitismus hat sich in den all den Jahren aber gezeigt, dass die Betroffenen, die sich an vielen Stellen auch gar nicht als Betroffene sehen, sich an existierende Beratungsstellen nicht wenden. Deshalb haben wir eine Beratungsstelle eingerichtet, die auch Interventionsstelle ist und sich mit Bildung und Beratung von pädagogisch Verantwortlichen explizit beschäftigt. Wir haben innerhalb von sechs Monaten mehr Beschwerden bzw. Anfragen und Fälle als all die hiesigen Beratungsstellen bundesweit. Zum Teil hilft auch die Kooperation mit RIAS sehr. An der Stelle arbeiten wir sehr eng zusammen.

Beschwerdestelle ja, Antidiskriminierungsstelle oder diskriminierungskritische Stelle oder wie auch immer sie heißen kann, entweder an Schulen selbst oder auch schulübergreifend, ist aus meiner Sicht wichtig. Aber auch darf keine Parallelstruktur sein zu vielen anderen Strukturen, die schon gibt. Ich glaube, wir brauchen da mehr Überblick und Bündelung von all den Maßnahmen und Strukturen, die jetzt schon entstanden sind und eigentlich gut arbeiten.

Vorsitzender Hakan Taş: Herr Hizarci! Sie haben jetzt auch noch einmal 30 Sekunden.

Dervis Hizarci (Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus e. V. – KIgA –): Also bei all den Forderungen nach Strukturen, Anlaufstellen, Kreisen, Initiativen sehe ich schon fast die Gefahr, dass wir uns bald gegenseitig auf die Füße treten. Antisemitismus gibt es in diesem Land, glaube ich, schon seit 70, 80 Jahren, schon immer, und wir hatten all diese Zeit keinen Beauftragten und jetzt auf einmal einen Bundesbeauftragten und 16 Landesbeauftragte. Jetzt hat die Jüdische Gemeinde Sigi Königsberg hier. Irgendwo muss das – ich wiederhole mich – wieder konstruktiv, sinnstiftend werden. Die Forderungen gerade nach dem Vorfall in Friedenau, aber auch jetzt nach den Geschehnissen im Dezember machen es deutlich. Wir brauchen da eine Kompetenz, irgendetwas Gebündeltes.

Aber gerade mit dieser letzten Frage, die mehr schräge Bemerkung war als Frage haben Sie das noch einmal verdeutlicht, was ich versucht habe klarzumachen. Wir reden, wir debattieren, diskutieren am Phänomen Antisemitismus so vorbei und missbrauchen es für Debatten und Diskurse. Da bitte ich vor allem, wenn Sie ein Vokabular wie „Kräfte“ benutzen, die besonnenen Kräfte stärker aufzutreten und Gemeindemitglieder der Jüdischen Gemeinde solchen Verlockungen, Verführungen zu widerstehen. Da will man fast sogar sagen, den Punkt mit BDS packe ich wieder an die letzte Stelle, ehe ich da Unterstützung von der AfD bekomme.

Vorsitzender Hakan Taş: Herr Hizarci! Ich glaube, Ihre Botschaft ist bei vielen angekommen. Herzlichen Dank erst einmal dafür. – Herr Königsberg, bitte!

Sigmount Königsberg (Antisemitismusbeauftragter der Jüdischen Gemeinde zu Berlin): Auf die Frage zu BDS. Ich habe die meines Erachtens beantwortet. Ich kenne nicht den Haushaltsplan des Landes Berlin in- und auswendig. Das heißt, ich kann auf diese Frage erst dann Auskunft geben, wenn ich diesen ausführlich studiert hätte. Das ist jetzt nicht der Fall.

Zu Ihrer Bemerkung, Herr Wild: Ich darf darauf hinweisen, dass der Conseil Représentatif des Institutions Juives de France, der Crif, der vergleichbar dem Zentralrat der Juden in Deutschland ist, sich eindeutig positioniert hat, der auch klargemacht hat, dass der Front National eine ganz massive Gefährdung jüdischen Lebens in Frankreich darstellt. Ich weise darauf hin, dass sich in Österreich die Jüdische Gemeinschaft ausdrücklich weigert, mit der einen Regierungspartei, der FPÖ, zusammenzuarbeiten in jedweder Kooperation. Das ist genau die Aussage, die auch das Israelische Außenministerium gemacht hat, dass man nicht mit Ministern zusammenarbeiten wird, die der Partei angehören. Von daher, das sind offizielle Positionen, habe ich mit dieser Aussage Ihre Frage beantwortet.

Vorsitzender Hakan Taş: Herzlichen Dank! – Frau Rosenstein, bitte!

Mirjam Rosenstein: Ich mache es ganz kurz. Ich möchte noch einmal eine Bemerkung loswerden, um nicht in Gefahr zu laufen, durch 16 Beauftragte und einen Bundesbeauftragten nur in der Diskussion zu verweilen, es kann helfen den Antisemitismusbeauftragten als Warnfunktion, als Gradmesser dessen zu nehmen, wie es um Diskriminierung, um Ausgrenzung und eben um die Schieflage unserer Grundwerte steht.

Vorsitzender Hakan Taş: Bei Ihnen allen möchte ich mich ganz herzlich für die Stellungnahmen und für die Beantwortung der Fragen bedanken. – Die Tagesordnungspunkte 3 a und b werden vertagt, bis uns das Wortprotokoll vorliegt.

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU	0035
Drucksache 18/0355	IntArbSoz
Operatives Netzwerk Innere Sicherheit Berlin	InnSichO(f)
	KTDat
	Recht

Vertagt.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.

* * * * *